



**positionen**

**1976**

# Eine subjektive Sicht des schwedischen Weges

Von Karl Aiginger

## Einleitung

Meine Kenntnisse über die gesellschaftliche und politische Entwicklung stehen hinter meinem Interesse an diesem Land weit zurück. Das Interesse gründet sich darauf, daß Schweden je nach dem Standort des Beobachters als Musterland bzw. als abschreckendes Beispiel zitiert wird, sicher aber durch seinen hohen Entwicklungsstand eine gewisse Einsicht in die zukünftige Entwicklung der Industriestaaten gewährt.

Die Erfahrungen gründen sich auf zwei Reisen von je etwa einer Woche Dauer. Die erste und wichtigere fand als Veranstaltung der Bildungsakademie des CV im Oktober 1974 statt und war eine Studienreise, in der die österreichische Gruppe mit zirka 30 Kontaktpersonen aus dem öffentlichen und politischen Leben die schwedische Szenerie besprochen hat. Das Kontaktprogramm war auf Grund der in der Literatur zu findenden Analysen des schwedischen Modells („16“ und „17“) aufgebaut und sollte eine eigenständige Beurteilung ermöglichen. Auf dieser Studienreise konnte auch reichhaltiges Informationsmaterial (siehe Literaturverzeichnis) über Schweden gesammelt werden. Eine Reise zu einem wissenschaftlichen Kongreß im Juni 1975 ermöglichte dann weitere Kontakte und Erfahrungen, die aus der Literatur nicht erhältlich waren. Trotz des Versuches objektiv zu sein und für die wichtigeren Feststellungen Literatur zu zitieren, genügen die gewonnenen Erfahrungen nur für eine *subjektive* Sicht der schwedischen Verhältnisse; andere Kontaktpersonen, andere Literatur und wahrscheinlich auch eine andere ideologische Ausgangs-

position des Autors würden vielleicht eine andere Sicht ergeben. Deswegen sollten die gebrachten Aussagen und Wertungen nur gemeinsam mit anderen Informationen zu einer *Wertung* des schwedischen Weges herangezogen werden.

## Unter den drei reichsten Ländern

Als Rahmen für die Untersuchung der einzelnen Sachfragen muß in Erinnerung gerufen werden, daß Schweden zu den reichsten Ländern der Welt zählt.

Nimmt man das Bruttosozialprodukt je Einwohner (1) zu den gültigen Wechselkursen als Maßstab, dann liegt Schweden innerhalb der OECD-Länder 1974 an zweiter Stelle hinter der Schweiz und schon vor den USA. Alle drei Länder liegen so knapp (6981 Dollar, 6804 Dollar, 6702 Dollar) beisammen, daß schon geringe Verschiebungen in den Wechselkursen die Reihenfolge verändern, deutlich ist aber der Abstand zu den anderen Ländern (Kanada, die BRD und Dänemark haben noch ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 6000 Dollar, der Österreicher verdient pro Kopf 4279 Dollar). Verwendet man an Stelle der Wechselkurse Kaufkraftparitäten (2), so verlieren die Schweiz und Schweden ihre führende Position an die USA, und auch der Abstand zu Österreich verringert sich. Die Position Schwedens gegenüber den USA und der Schweiz verschlechtert sich auch, wenn man den Wohlstand an den privaten Konsumausgaben je Einwohner mißt, da der Anteil des privaten Konsums am Bruttonationalprodukt mit 53% deutlich niedriger als in den USA

(62%) und in der Schweiz (59%) liegt (Belgien, Schweden und Österreich hatten 1973 den niedrigsten Konsumanteil). Alle diese Modifikationen betreffen das Ausmaß des ökonomischen Erfolges der Schweden, nicht aber die Position Schwedens unter den drei reichsten Industrienationen.

Den Platz unter den wohlhabenden Nationen erreichte Schweden zwischen 1913 und 1950. 1913 lag Schweden noch im unteren Mittelfeld der heutigen OECD-Länder, mit einem etwa gleichen Pro-Kopf-Einkommen wie Österreich, 1938 lag Schweden gemeinsam mit der BRD, mit Belgien, Dänemark und England in der zweitstärksten Gruppe (hinter den USA und der Schweiz), 1950 hatten nur noch die USA ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, die ebenfalls neutrale Schweiz war schon fast eingeholt.

Von 1950 bis in die sechziger Jahre hatten vor allem die Länder mit schweren Kriegsfolgen (Japan, die BRD, Österreich) ein höheres Wachstum als Schweden, in den letzten 10 Jahren (1965 bis 1974) lag das schwedische Expansionstempo niedriger (3,3%) als in den meisten Industrieländern, jedoch etwa gleich mit der Schweiz (3,4%) und den USA (3,7%). Dies kann so interpretiert werden, daß Schweden einen Teil seines Vorsprunges gegenüber den „Mittelständlern“ verliert, aber im Führungstrio durchaus mithalten kann.

Ergänzend zum Bruttonationalprodukt vergleicht man den internationalen Wohlstand mit den sogenannten Sozialindikatoren. Auch hier liegt Schweden bei den meisten Indikatoren in der Spitzengruppe. Schweden besitzt in Relation zur Bevölkerung nach den USA die meisten Telefone und wird in der Anzahl der Fernsehgeräte sowie der PKW nur von den USA und von Kanada übertroffen. Die Auflage der Tageszeitungen je Einwohner erreicht in Schweden überhaupt den höchsten Wert, die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen liegt nur in Japan höher. Die Säuglingssterblichkeit ist in Schweden am niedrigsten, die Anzahl der Krankbetten am höchsten. Die Anzahl der Ärzte je Einwohner liegt niedriger als in den meisten anderen Industrieländern, ebenso die Anzahl der Apotheken. Die Anzahl der Hochschüler ist international kaum vergleichbar, liegt aber nicht so hoch, wie es zu vermuten wäre: die USA, Kanada, Japan und die Niederlande melden höhere Zahlen,

Dänemark denselben Anteil an der Bevölkerung. Eine unerfreuliche Stellung nimmt Schweden nur beim Konsum starker alkoholischer Getränke ein, hier liegt es hinter Polen an zweiter Stelle („3“). Alles in allem unterstützen die Wohlfahrtsindikatoren die Wertung des schwedischen Wohlstandes durch das Bruttonationalprodukt.

### Die Position der öffentlichen Hand

Die starke Stellung des Staates wirkt *nicht* über die öffentliche Hand als *Eigentümer*. Mit knapp 5% der Industrieproduktion liegt der Anteil des öffentlichen Eigentums wesentlich niedriger als in anderen Ländern. Voll im Staatseigentum befinden sich die Apotheken, der größte Teil des Wohnbaus liegt im Eigentum der kommunalen Behörden.

Einen Spitzenwert unter den westlichen Industrieländern ergibt jedoch der Teil des Bruttonationalproduktes, der von der öffentlichen Hand *verwendet* wird. In Schweden beträgt die Steuerlast 1973 im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt 43½% (OECD-Statistik), dieser Anteil liegt in Dänemark, Norwegen und den Niederlanden ähnlich hoch, in allen anderen Staaten jedoch wesentlich niedriger (BRD und Österreich je 37%, Schweiz 36%, USA 28%). Die schwedische Spitzenposition in dieser Hinsicht hat sich erst seit 1950 ergeben, damals wiesen zum Beispiel Belgien, die BRD und Österreich einen höheren Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttonationalprodukt auf („13“, Seite 32).

Die Steuereinnahmen in Schweden setzen sich im internationalen Vergleich aus sehr *niedrigen* Einnahmen aus der Körperschaftssteuer (viertletzte Stelle unter 15 Staaten) und aus extrem niedrigen Vermögenssteuereingängen (letzter vor Portugal) zusammen, hingegen ist der Anteil der Einkommensteuern in keinem anderen Land so hoch; der Anteil der Konsumsteuern liegt im unteren Mittelfeld.

Ebenso überraschend ist auf der Ausgabenseite, daß der Anteil der Sozialausgaben am Bruttonationalprodukt *nicht* höher ist als in Ländern mit wesentlich niedrigerer Steuerbelastung, daß der Anteil aller Transferzahlungen am Sozialprodukt sogar niedriger ist als in den meisten anderen Ländern („13“, Seite 32)

## Wohlstandsvergleich (Sozialindikatoren)

	Telefone je 1000 Ein- wohner 1972	Fern- sehen je 1000 Ein- wohner 1972	Pkw je 1000 Ein- wohner 1973	Ärzte je 100.000 Ein- wohner 1971	Apo- theken je 100.000 Ein- wohner 1971	Kranken- betten je 100.000 Ein- wohner 1971	Tages- zeitungen je 100.000 Ein- wohner 1972	Hoch- schüler je 100.000 Ein- wohner 1970	Säug- lings- sterb- lichkei- t je 1000 Geburten	Fertig- gestellte Woh- nungen je 100 Einw.	Energie- ver- brauch in t Öl — äqui- valent	Schwere alkohol- Getränke — je Einwohner 1967
Schweden	576	333	302	136	34	1495	534	15	9,6	12,8	4,8	2,7
Österreich	226	226	195	187	36	1090	328	8	23,7	6,4	2,9	2,0
USA	628	474	460	155	61	789	297	41	17,6	11,3	9,1	2,7
Kanada	499	349	337	146	51	1006	230	23	16,8	10,6	8,2	2,2
Japan	315	225	117	110	61	1257	519	16	11,7	16,8	3,2	—
Belgien	240	236	235	161	71	833	260	8	17,0	5,4	5,4	1,0
Dänemark	377	282	240	146	41	915	361	15	13,5	10,0	4,2	1,0
Frankreich	199	237	268	134	63	941	237	12	12,9	10,5	3,5	2,5
BRD	268	293	264	178	37	1126	319	8	20,4	10,7	4,8	2,2
Italien	206	202	228	182	67	1054	133	13	25,7	4,7	2,6	1,7
Niederlande	299	243	232	123	8	549	311	18	11,6	11,4	6,0	1,6
Norwegen	320	241	216	146	34	1119	390	6	11,3	11,1	4,3	1,4
Schweiz	535	239	250	168	36	1151	384	7	12,8	11,5	3,2	1,8
Großbritannien	314	305	234	129	31	944	528	9	17,5	6,1	4,4	0,8

Q: Statistisches Jahrbuch der Arbeiterkammer. The Alcoholic Question in Sweden „3“.

## Wohlstandsvergleich (Bruttonationalprodukt)

	BNP pro Kopf in US-\$-Wechselkursen		1974	Wachstum des realen BNP in %		Reales BNP pro Kopf nach Kaufkraft- paritäten verglichen Österreich 1970 = 100						
	1955 (1)	1964		1938-70 (2)	1956-64 (1)	1870 (2)	1913	1938	1950	1970		
Schweden	1257	2587	6804	146	5,0	146	3,3	15	37	52	68	128
Österreich	600	1211	4279	212	5,1	212	5,1	14	35	32	37	100
USA	2422	3325	6702	134	3,2	134	3,7	23	57	70	109	164
Kanada	1753	2466	6419	—	5,1	—	5,2	—	—	—	—	—
Japan	268	832	4116	250	10,1	250	8,8	5	10	24	15	84
Belgien	1018	1650	5413	120	—	120	—	21	44	49	56	108
Dänemark	942	1917	6125	120	—	120	—	17	41	53	61	117
Frankreich	1127	1912	5211	161	5,6	161	5,5	22	40	44	50	115
BRD	822	1821	6214	143	7,1	143	4,2	19	39	49	43	119
Italien	508	1073	2691	159	5,6	159	5,5	16	22	29	29	75
Niederlande	723	1400	5177	—	4,4	—	4,9	—	—	—	—	—
Norwegen	986	1740	5972	135	—	135	—	16	29	46	58	108
Schweiz	1260	2204	6981	102	4,6	102	3,4	20	40	62	70	125
Großbritannien	1046	1711	3332	75	2,9	75	2,4	30	47	55	63	96

(1) OECD-Statistik

(2) A. Kausel: Das Wirtschaftswachstum der Nationen von 1860—1970, Wien 1973.

# Steuerlast und Verwendung des BNP

	Steuer- einnahmen in % d. BNP 1973		Anteil der Steuerarten Kon- Ein- Kör- sum- kom- schaf- steuer men- steuer in % der Steuerein- nahmen (1)		Privater Staats- Kon- aus- sum in gaben % d. BNP 1973 (2)		Anteil Off. Ausgaben der Bildung Soziale Investi- Sicher- tionen a. BNP in % des BNP 1973 1971 1970 (3)		Anteil der Sozialleistungen des Bundes am Budget BNP 1963 1973 1963 (2)		Ent- wick- lungs- hilfe in % des BNP 1975 (4)		Ver- tei- dungs- aus- gaben pro Einw. 1972 (5)	
	mit Sozialver- sicherung (1)	ohne Sozialver- sicherung (1)	in % der Steuerein- nahmen (1)	in % der Steuerein- nahmen (1)	in % der Steuerein- nahmen (1)	in % der Steuerein- nahmen (1)	in % des BNP 1971 (3)	in % des BNP 1970 (3)	1963 (2)	1973 (2)	1975 (4)	1972 (5)		
Schweden	43,5	34,8	14,3	40,4	4,3	0,6	22	7,7	15,9	28	33	8,2	13,4	184
Österreich	36,6	27,1	22,3	22,3	3,6	1,7	32	3,3	17,0	43	42	12,1	12,4	—
USA	28,0	21,9	6,3	33,2	11,4	12,7	18	7,4	—	—	—	—	—	399
Kanada	33,9	31,0	15,9	33,9	12,0	9,5	22	8,9	—	25	13	6,4	4,3	—
Japan	22,6	18,5	—	26,8	20,9	5,0	—	1,9	—	—	—	—	—	—
Belgien	36,6	25,6	19,4	28,0	8,2	—	—	5,9	16,1	—	—	—	—	—
Dänemark	44,1	41,8	17,3	51,2	3,2	4,1	—	3,7	—	—	—	—	—	—
Frankreich	36,9	21,8	23,5	10,9	6,1	1,9	24	4,5	16,0	—	48	—	16,1	88
BRD	37,3	24,4	14,7	29,2	5,1	2,2	25	3,6	17,2	34	31	10,2	11,0	121
Italien	29,2	17,2	17,5	12,3	7,0	0,9	21	3,5	16,6	31	34	8,7	16,5	224
Niederlande	43,8	27,8	15,3	27,6	6,8	1,7	24	10,6	19,1	—	46	—	20,4	—
Norwegen	45,9	32,4	21,1	27,1	2,3	2,0	—	1,2	—	—	—	—	—	—
Schweiz	36,4	19,2	8,4	33,6	7,6	5,6	29	7,7	—	—	—	—	—	118
Groß- britannien	32,8	27,5	6,7	33,1	7,7	11,2	20	4,2	—	23	26	7,1	9,2	125

(1) Revenue Statistics of OECD Member Countries, OECD Paris 1975.

(2) OECD — National Accounts.

(3) Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung 5/1972, Seite 203; für Schweden für 1970 aus „31“ fortgeschrieben.

(4) CA-Wirtschaftsberichte 4/1975.

(5) The Swedish Budget 1974/75 in US-\$; Q. „35a“.

und nur der zivile öffentliche Verbrauch (Sachaufwand und Personalaufwand) um 50% bis 100% höher ist als in allen anderen Ländern. Der Aufwand für das Bildungswesen ist höher als in den anderen Staaten, ebenso die Entwicklungshilfe, aber auch die Verteidigungsausgaben („35“).

### Die permanente Reformdiskussion

Obwohl die Sozialdemokratische Partei seit 1932 an der Regierung ist (44 Jahre), ist keine Abkühlung ihres Reformeifers zu sehen. Dies beginnt in der ideologischen Selbstdarstellung durch Palme (die Partei ist eine „Freiheitsbewegung“) und verhindert in der Praxis die träge Anschauung, daß in irgendeiner gesellschaftlichen Sphäre schon alles in Ordnung sei. Kommt man auf Schulen, Ärzte, Familienpolitik, Rundfunk, Pensionen, Konjunkturpolitik zu sprechen, so erfährt man nach einer kurzen Darstellung der schwedischen Verhältnisse, daß gerade eine Reform vorbereitet würde.

Die Ziele der jeweils geplanten Reform kann man in drei kurzen, plausibel begründeten Sätzen von jedem Staatsbürger erfahren, die Beschreibung verriät Zustimmung und das Fehlen jeder Reformskepsis (die man zum Beispiel in Österreich hören würde). Bohrt man weiter, ob es nicht Probleme oder unterschiedliche Meinungen über die angeschnittene Reform gibt, wird ein früherer unsozialer Umstand geschildert und die Zustimmung zur Reform wiederholt. Nach der dargestellten Problemsicht muß der Ausländer der Reform zustimmen, sie ist rational und notwendig.

Nicht durch den Staatsbürger zu erfahren ist, wie die Reformen zustande kommen, wer in den arbeitenden Kommissionen sitzt, wie die Mitglieder der Kommissionen ausgewählt sind und welche unterschiedlichen Meinungen es in der Kommission gegeben hat. „Es ist für das schwedische System charakteristisch, daß ein Konsens vor der Einbringung eines Gesetzesentwurfes in das Parlament gesucht wird, dieser Konsens wird in einer Kommission gesucht, in der alle Meinungen vertreten sind“, schildert Gerhard Simpson, einer der Reformer aus dem Justizministerium. Die von skeptischen Ausländern an-

geschnittene Frage, wie die Mitglieder der Kommission ausgewählt würden, stößt zunächst ins Leere, weil das eine unwichtige Frage ist.

Etwas unwillig teilt man mit, daß es Parteienvertreter und vor allem „Persönlichkeiten“ sind, die mit der Materie vertraut sind, eventuell kommen Interessenvertreter hinzu. Die Erneuerung und Auswahl der Mitglieder erfolgt selbstverständlich durch das zuständige Ministerium, ja freilich auch die Ziele und Direktiven der Reform stammen aus dem Ministerium (vgl. auch: „35a“, 89f). Wie kommt aber der Konsens zustande, wenn Reformen gegen die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe eindeutig verstoßen, diese aber in der Kommission vertreten ist? So fühlten sich die Studenten durch die Hochschulreform (U 68) deutlich in ihrer Lernfreiheit eingeschränkt und lehnten die Verschulungstendenzen ab, die Kommission — so war es zumindest die Meinung der Öffentlichkeit — hat sich aber auf ein solches Reformwerk geeinigt. Die befragten Spitzenvertreter der schwedischen Studentenvertretung bejahten die Frage, ob Studenten mitgestimmt hätten, wußten aber „Ihre“ Vertreter nicht einmal zu nennen. Wie diese denn bestimmt worden waren? Zögern, dann „ja wahrscheinlich vom Ministerium“. Im übrigen sei diese Reform eine politische Frage, und dies erklärt, warum man die Meinung der Studentenvertretung dazu eigentlich nicht beachte. Ein frei praktizierender Arzt meint zur Frage, warum sein Standesvertreter der Aushöhlung der privaten Arztpraxis zugestimmt habe: „Ja, wir müssen eben als unseren Spitzenvertreter jemanden wählen, der mit der Regierung sehr gut ist, sonst wird er überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, ein regierungsnaher Vertreter kann wenigstens ein wenig erreichen.“ Die Zustimmung der Apotheker zu der Verstaatlichung ihrer Apotheken wurde („16“, Seite 92) durch eine Verstärkung der Rechte des Apothekerverbandes über die Apotheken (als Quasi-Aufsichtsbehörde statt als Standesvertretung) erkaufte.

Neben diesen oft bedenklich anmutenden Techniken, das Einzelinteresse einer Berufsgruppe hinter ein von der Regierung empfundenes und dem Volk verständlich gemachtes Allgemeininteresse zu stellen, dürfte die Reformpolitik von geschichtlichen Wurzeln her in Schweden begünstigt sein: der eindeutige Auftrag an die Regierungsstellen zu verwalten und

zu regeln ist nicht durch autonome Freiräume (z. B. Universitäten, Kirchen etc.) beschränkt und die Notwendigkeit, den einzelnen gegenüber Behörden (z. B. in der Justiz) zu schützen, wird schon traditionell (und nicht erst durch die Sozialdemokraten) weniger wichtig eingeschätzt. Der Konsens hat einen so hohen Stellenwert, daß ihm auch schon die Kenntnis von kontroversiellen Standpunkten untergeordnet wird. (3)

### Die Neutralität der Massenmedien

Der Reformeifer der Regierung und die Konsenswilligkeit der Staatsbürger erübrigen auch einen übermäßigen organisatorischen Einfluß der Regierung auf die Massenmedien. Obwohl die Regierung nur 21% der Zeitungen (nach ihrer Auflage) besitzt und die Opposition 75%, so bedeutet dies kein Problem für die Regierung. Von Oppositionsvertretern, von Regierungsvertretern ebenso wie von befragten Schweden kommt die einhellige Meinung, daß die Presse nicht Opposition gegen die Regierung betreibt, sondern neutral die Verhältnisse schildert, wobei offensichtlich die Regierung durch ihre Aktivität und Geschicklichkeit noch Vorteile genießt. Das beachtliche Wissen um die Ziele einer Reform, ebenso wie die Unkenntnis des formalen Ablaufes und eventueller gegenteiliger Meinungen muß ja aus der Berichterstattung der Massenmedien kommen. Kleine Tricks, wie etwa die staatliche Subvention der jeweils zweitstärksten Zeitung (die meistens die sozialistische ist), spielen hier wohl keine entscheidende Rolle (Claude Stephenson vom Schwedischen Rundfunk wußte die Begründung für diese eigenartige Subventionsmethode nicht zu nennen. In dem Informationsblatt „Massenmedien in Schweden“ ist dieses System nicht erwähnt, doch könnte die dort gebrachte Argumentation, daß die Werbefirmen immer zur auflagenstärksten Zeitung drängen, die Begründung darstellen).

Der Rundfunk ist ein Staatsmonopol, das wie eine private Firma organisiert ist. Das Aktienkapital ist zwischen Industrie, Presse und Arbeitnehmern aufgeteilt. Im Aufsichtsrat sind sechs Vertreter von der Regierung ernannt, fünf vertreten die Aktionäre. Ein Radioausschuß (dessen sieben Vertreter von der

Regierung bestimmt werden) ist berechtigt, Einspruch gegen Sendungen zu erheben, wenn diese die allgemeine Rundfunkpolitik (die in einem Abkommen zwischen dem Rundfunk und der Regierung festgelegt ist) verletzen („49“).

### Sprachregelungen

Neben der Aktivität der Regierung und der Konsensualität dürften Sprachregelungen und Definitionen die Reibungslosigkeit des Systems mitbestimmen.

Wer politisch agieren darf und wem dies nicht zusteht, scheint von einer unsichtbaren Hand festgelegt zu sein. Die Studentenvertretung, der Ärztestand, die Rechtsanwaltskammer, die Lehrerververtretung sind selbstverständlich unpolitische Interessenvertretungen (nicht im parteipolitischen Sinne, sondern in Hinsicht auf den Auftrag, zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen), sie werden als solche von jedermann betrachtet und sind es auch in ihrer Selbstdarstellung. Der Beobachter erstarrt, wenn nach der Erklärung des Studentenvertreters, daß die Hochschulreform eine politische Frage sei, hinzugefügt wird: „Und wir als Studentenvertretung sind eine unpolitische Interessenvertretung — etwa wie die Gewerkschaft.“ Denn die Gewerkschaft definiert sich wie schon erwähnt im § 1 der Statuten (der LO „21“) als politische Interessenvertretung (in gesellschaftspolitischem Sinn) und interpretiert diesen Auftrag offen: „... dies bedeutet in der praktischen Arbeit, daß die LO zu allen Zeiten kräftig die Sozialdemokratische Partei unterstützt hat“ (Selbstdarstellung der LO „21“, Seite 5). Die Selbstdarstellung der Interessenvertretung der Ärzte, Lehrer etc. als unpolitisch bedarf nur noch der ergänzenden Festlegung, daß eine bestimmte Reform eine politische Frage ist, um die Meinung der Interessenvertretung als unerheblich zurücktreten zu lassen.

Der Begriff der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ hat auch vor den Toren Schwedens nicht haltgemacht. In Mitteleuropa wurden unter dieser Zielvorstellung die Mitbestimmungsrechte von Assistenten und Studenten an den Hochschulen, die Rechte der Redakteure gegenüber ihrer Zeitung, der



Belegschaft in ihrem Betrieb, der Bürger in ihrer Gemeinde etc. verstanden, allgemein wird sie als Verlagerung der Entscheidung in kleine durch gemeinsame Interessen definierbare Gruppen definiert. Auch „Schweden befindet sich in der Phase der Demokratisierung der Hochschulen“, erklärt ein Studentenfunktionär, und „das heißt, daß die Gesellschaft — das ist die Regierung — mehr Entscheidungsrechte an sich zieht“. Gegen die in Gang befindliche Hochschulreform könne man daher auch nichts unternehmen, da sie der allgemein anerkannten Demokratisierungsidee entspreche. Er ist völlig überrascht, daß unter Demokratisierung in Deutschland die Entscheidung der unmittelbar Betroffenen verstanden wird. Das unterschiedliche Demokratieverständnis kommt übrigens auch im Briefwechsel der sozialdemokratischen Parteiführer Brandt, Kreisky und Palme zum Ausdruck. Palme meint, „die Demokratie müsse auf nationaler Ebene auf neue Gebiete ausgedehnt werden . . . das bedeutet, daß wir mit mehr Planwirtschaft zu rechnen haben“ („7“, Seite 25), während Kreisky entgegenhält, „es geht nicht darum, Willensbildung an zentralistische Gremien zu delegieren, die dann für sich in Anspruch nehmen, alle Bedürfnisse und Interessen der Basis zu kennen“ („7“, Seite 51), und Brandt „die Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen, also letztlich ein Mehr an wirklicher Demokratie . . .“ als Ziel vor Augen hat („7“, Seite 72).

In anderen Fällen wird die Bildung einer oppositionellen Meinung durch Wortwahl ausgeschlossen: das Wort Individuum kommt nirgends so oft vor wie in Gewerkschaftsbroschüren (Schutz des individuellen Arbeiters, Hilfe für das Individuum etc. vgl. „8“), dennoch ist es immer das Bestreben des Gewerkschaftsbundes, Entscheidungen auf höhere Ebene (Vorliebe für große Organisationen plus Begründung siehe „24“, Seite 46) zu verlagern oder Fonds an Stelle individueller Vermögensbildung („Über individuelle Vermögensbildung der Arbeitnehmer brauchen Sie hier in Schweden mit niemandem reden“; „17“, Seite 135) zu forcieren.

## Die Macht der Gewerkschaften

Die Bedeutung der Interessenverbände ist in Schweden besonders groß, innerhalb der Verbände dominieren die Gewerkschaften (vgl. „16“, S. 76ff., „17“, S. 131ff.).

Unter den fünf nationalen Gewerkschaften ragt in Hinblick auf die Mitarbeiter aber noch mehr an politischer Bedeutung die Arbeitergewerkschaft LO (Landesorganisationen Sveriges) hervor: sie hat 1,6 Millionen Mitglieder und vertritt damit mehr als 90% der schwedischen Arbeiter, ihr sind nach Industriezweigen organisiert 29 Einzelgewerkschaften angeschlossen. Die Gewerkschaft der Angestellten und Beamten (TCO) hat eine halbe Million Mitglieder, die Akademikergewerkschaft (SACO) hat knapp 100.000 Mitglieder, der Reichsverband Schwedischer Staatsbeamter (SR) und die Zentralorganisation der Arbeiter etwa 20.000 („44“).

Der Zwang, den Gewerkschaften beizutreten, ist insofern sehr groß, als die Arbeitslosenunterstützung eng an die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft geknüpft ist („8“, S. 123, „23“, S. 54), obwohl der Staat durch Zuschüsse die Finanzierung sichert. (4)

Die LO definiert sich als politische Kraft, die „die Demokratie auf politischem, sozialem und ökonomischem Feld vorantreibt“ (§ 1 der Statuten); sie steht den politischen Parteien nicht neutral gegenüber, sie sieht „die sozialdemokratische Partei als natürlichen und eindeutigen Führer des politischen Kampfes der Arbeiterklasse“ an („8“, S. 72), „ist stolz, an den Siegen dieser Partei beteiligt zu sein“ und will „die Regierung nach Übernahme durch die Sozialdemokraten möglichst unterstützen“ („8“, S. 36). Ein großer Teil der lokalen Organisationen der LO ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, über diesen Umweg sind 90% der Arbeiter — ein Teil davon sicher ungewollt — Parteimitglieder.

Die sozialdemokratische Regierung zahlt die politische Unterstützung durch die LO in barer Münze zurück. Normalerweise werden Gesetze nur bei Übereinstimmung aller wichtigen Interessengruppen verabschiedet, die Fälle, in denen kein Konsens abgewartet wurde, wurde von Wünschen der Gewerkschaft bestimmt, so im Fall der Verwendung des Geldes des Pensionsfonds und bezüglich des Kollektivvertrags-

rechts (vgl. „17“, S. 132f.). In der Regel hält sich die Regierung aus Tarifstreitigkeiten und Streikdrohungen heraus; nicht aber, als in Lohnverhandlungen die Forderungen der SACO und der SR von der LO nicht unterstützt wurden (weil die LO im Rahmen ihrer solidarischen Lohnpolitik die Akademikerbezüge unterproportional steigen sehen wollte): Die Regierung löste den Streik durch einen gesetzgeberischen Akt, der den Streikenden die Wiederaufnahme ihrer Arbeit vorschrieb („44“).

Die schwedischen Gewerkschaften scheinen zur demokratischen Willensbildung in den eigenen Reihen ein ebenso gestörtes Verhältnis zu haben wie andere große Organisationen, die außerhalb ihrer Organisation für die sozial Schwächeren arbeiten. Der einzige größere im Aufgabenbereich der Arbeitergewerkschaft gelegene Streik der letzten Jahre (in den Gruben von Kiruna) zielte nicht auf Lohnerhöhungen, sondern gegen die Vorgangsweise der LO-Zentrale in Stockholm, über den Willen der Arbeiter in Kiruna hinweg zu entscheiden. Auch meint Carlson, daß „ohnehin alle Führer der Organisation von klein auf in der Gewerkschaft gearbeitet hätten und die Probleme der einfachen LO-Mitglieder kennen“ („8“, S. 151) und weist abwehrend darauf hin, daß „viele Mitglieder nicht genügend Informationen haben und es daher zu sinnlosen Debatten komme“. Obwohl „die Beziehung zwischen Organisation und Mitgliedern kompliziert ist, sind Kontakte nötig, damit die Organisation funktionieren kann“ („8“, S. 169) — nicht etwa weil es demokratisch wäre. . .

Die Belegschaft eines Unternehmens hat keine direkte Möglichkeit, ihre Interessenvertreter (im Sinne eines „Betriebsrates“) zu wählen: die örtliche Gewerkschaft bestimmt die Betriebsvertreter und auch die Arbeitnehmervertreter in den paritätischen Betriebsausschüssen. Bei ihrer Bestimmung durch die örtliche Gewerkschaft kann auch festgelegt werden, „daß das Mandat im Ausschuß erlischt, falls der Gewählte aufhört, Mitglied der Gewerkschaft zu sein“ („1“, § 26).

Die Betriebsdemokratie beschränkte sich bis in die siebziger Jahre auf die Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und den Gewerkschaftsvertretern in den Betriebsausschüssen. Die Vertretung der Arbeitnehmer im Vorstand war lange Zeit nicht

im Forderungsprogramm der Gewerkschaften und steht noch 1971 unter sechs Maßnahmen zur Erhöhung des Einflusses auf die Betriebsleitung an letzter Stelle, wobei Für und Wider diskutiert werden („5“). An erste Stelle wird die Verpflichtung der Unternehmen gestellt, Behörden und öffentlichen Organen mehr Informationen zur Verfügung zu stellen. Seit 1973 sind in jedem Unternehmen zwei von der örtlichen Gewerkschaft ernannte Belegschaftsvertreter im Leitungsgremium (Aufsichtsrat), gleichzeitig wurde die Verpflichtung zu Berichten an die kommunalen Behörden bezüglich Kosten, Gewinnen, Personalentwicklung gesetzlich verankert (Information des Außenministeriums über gesetzliche Regelung der Demokratisierung der Industrie). Für 30 Holdings und private Stiftungen sieht das Gesetz „Vertreter der Öffentlichkeit“ vor, um die „demokratischen Interessen der Gesellschaft zu sichern“.

Alle Kritik über mangelnde Demokratie innerhalb der Gewerkschaften, über die unselige Verquickung von Gewerkschaft und Partei und die ungewohnt betriebsferne Art von Arbeitnehmerpolitik sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die schwedischen Gewerkschaften an dem Aufbau des heutigen Wohlstandes führend mitgearbeitet haben: Die schwedische Sozialpartnerschaft steht auf mindestens so festen Füßen wie die österreichische, im Vertrag von Saltsjöbaden wurden die wichtigsten Fragen der Tarifverhandlungen und die sonstigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgelegt. Die zentralen Organisationen (LO bzw. SAF) haben gegenüber ihren Mitgliedsverbänden die letzte Entscheidungsmöglichkeit über Streik und Aussperrungen, gegenüber dem Vertragspartner besteht während der Vertragsdauer eine Friedenspflicht, die bis zu Strafzahlungen an den Vertragspartner durchgezogen ist, wenn die zentrale Organisation die Einhaltung von Verträgen zwischen den Sozialpartnern in den eigenen Reihen nicht gewährleisten kann. Die Spitzenorganisationen schließen einen Rahmenvertrag über die jeweilige Lohnrunde, in dessen Rahmen sich die einzelnen Verhandlungen dann abspielen müssen.

Die Forderungen der Gewerkschaften halten sich im Rahmen volkswirtschaftlich vertretbarer Grenzen, man möchte an dem Wachstum des Kuchens mitnaschen, nicht aber die Verteilung verändern (vgl.

„2“). Überhaupt lehnen die schwedischen Gewerkschaften die antagonistische Sicht von Interessen von Arbeit und Kapital ab, „es ist völlig falsch, die Interessen der Beschäftigten gegen die des Betriebes zu stellen“ („5“, S. 78). Besonders erwähnt werden muß die starke Betonung und Wertschätzung der Gewerkschaften für die Steigerung der Produktivität und die Ausnützung von Rationalisierungsmöglichkeiten, z. B. die in „Rationalisierungsverträgen“ („28“).

Auffällig ist, daß die Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt, wegen denen die ganze Welt nach Schweden blickt, nicht unter den vordringlichen Zielen der Gewerkschaften zu finden sind: sie fehlen z. B. in einer Aufzählung der Ziele der LO durch ihren Sekretär Lars Starkerund; sowohl mit dem Wunsch, Informationsbroschüren über die im Gang befindlichen Experimente zu erhalten, als auch mit einem Fachmann der LO über dieses Thema zu sprechen, wurden wir an die Arbeitgeberorganisation verwiesen.

### **Pragmatische Gewichtsverlagerungen**

An zwei Beispielen auf wirtschaftlichem Gebiet kann gezeigt werden, wie deutliche Verlagerungen im politischen Kräftegleichgewicht durch Reformen erzielt wurden, deren propagiertes Ziel man eigentlich nur aus vollem Herzen begrüßen konnte und die Machtfragen nicht zu betreffen schienen. Die Pensionsreform hatte die Verbesserung der sehr niedrigen Altersrente zum Ziel, die Investitionsfonds sollten die konjunkturell übertrieben schwankenden Investitionen stabilisieren.

### **Pensionsreform**

Lange Zeit beschränkte sich die öffentliche Altersversorgung der schwedischen Staatsbürger auf eine allgemeine Altersrente, die für einen unverheirateten Rentner 1972 6390 Kronen (oder 25.000 Schilling pro Jahr, „23“, S. 19) betrug.

1959 wurde eine Allgemeine Zusatzversicherung (ATP) beschlossen, wobei sich der Zuschuß nach Höhe des verdienten Einkommens (mit einer Höchstgrenze — wie in Österreich — von etwa 250.000

Schilling pro Jahr) richtet und bis zu 60% des Einkommens der 15 besten Jahre erreichen kann. Diese Leistung ist noch immer geringer als in Österreich, weil die „besten 15 Jahre“ in einer wachsenden Wirtschaft deutlich unter den „fünf besten“ Jahren (österreichische Regelung) liegen und weil die Dynamisierung der Pensionen in Schweden nur im Ausmaß der Preissteigerung (in Österreich im Ausmaß der Lohnsteigerungen) vorgenommen wird und weil in Österreich 80% des Aktiveinkommens ausgezahlt werden. Das Pensionsalter wird ferner erst ab 1. Juli 1976 auf 65 Jahre gesetzt (bisher 67 Jahre).

Die Beitragspflicht obliegt dem Unternehmer und beträgt 1973 10,75% des beitragspflichtigen Lohnes. Diese Beiträge sind in einen allgemeinen Fonds zu zahlen, in dem sich 1973 schon 57 Mrd. Kronen befinden, da erst ab 1981 größere Auszahlungen fällig sind. Bis 1980 wird das Fondsvermögen auf 180 Mrd. Kronen anwachsen („17“, S. 135f.). Normalerweise arbeiten private Unternehmungen nach dem „Stockprinzip“, das heißt, sie akkumulieren Pensionsrückstellungen durch Lohnabzug bei denselben Arbeitnehmern, die später in den Genuß der Pension kommen — und müssen daher zunächst Mittel ansammeln (die dann vorübergehend für andere Zwecke verwendet werden können). Staatliche Stellen oder Fonds können hingegen nach dem „Umlageprinzip“ arbeiten, das heißt, daß die jeweils Aktiven die Mittel für die jeweiligen Pensionisten erwirtschaften; dies hat zur Folge, daß in der Zwischenzeit keine Mittel akkumuliert und dann zweckwidrig verwendet (oder stillgelegt) werden müssen.

Der Vorteil einer staatlichen Pensionsregelung, nach dem Umlageprinzip arbeiten zu können (der sich aus der Risikostreuung ergibt), wurde in Schweden nicht in Anspruch genommen, vielmehr wurden große Beträge akkumuliert.

Die Fondsmittel wurden zunächst für Finanzierung des Wohnungsbaues, industrieller Investitionen und kommunaler Bauten ausgeliehen. Auch dürfen Unternehmer einen Teil ihrer eingezahlten Beträge als Fremdkapital zurückleihen, „doch ein unmittelbarer Anspruch besteht darauf nicht“ („23“, S. 71).

Vom ursprünglichen Ziel einer Besserstellung der Pensionisten entfernte man sich im Mai 1973, als beschlossen wurde, daß ein (zunächst auf 500 Mill.

Kronen begrenzter) Teil des Fondsvermögens auf der Stockholmer Börse zum Aktienkauf eingesetzt werden kann, die „Zeit“ („17“, S. 135) errechnete, daß schon damit 23 der 125 an der Stockholmer Börse notierten Unternehmer zu 100% aufgekauft werden könnten oder bei 49 Betrieben eine Sperrminorität erworben werden könne. Finanzminister Gunnar Sträng gibt zu, daß es „darum gehe, dem Staat etwas mehr Einfluß und den Großunternehmungen das nötige Kapital zu beschaffen“. Kontrolliert wird der staatliche Aktienfonds von einem elfköpfigen Gremium, in dem die Regierung den Vorsitzenden und seine Stellvertreter bestimmt, die Gewerkschaften fünf Mitglieder, die Kommunalverwaltung zwei und die Privatindustrie ebenfalls zwei (damit ist die Mehrheit der sozialistischen Seite gesichert, solange nur einer der zwei Kommunalvertreter aus ihren Reihen kommt). So hat der staatliche Pensionsfonds — von den Gewerkschaften kontrolliert — laut Meldung von Svenska Dagbladet vom 31. August 1974 Mitte 1974 das größte Aktienpaket von Volvo (4,47%) gekauft und sich damit von der ursprünglichen Idee der Aufbesserung der Pensionen sehr weit entfernt.

#### **Investitionsfonds**

Versuche, die konjunkturellen Schwankungen der Investitionen zu mildern, sind in allen Ländern üblich. Schweden hat schon 1938 steuerfreie Investitionsrückstellungen zur Konjunkturstabilisierung erlaubt, 1947 wurde dann die Auflösung der Rücklagen an die Zustimmung der Regierung gebunden. 1955 wurde die Steuerfreiheit von Investitionsrücklagen an die Bedingung geknüpft, einen Teil von ihnen an ein gesperrtes Konto der Schwedischen Reichsbank zu überweisen. Seit 1963 können die Mittel auf folgende drei Arten zurückgeholt werden: ein Drittel kann nach fünf Jahren frei nach Willen der Unternehmung investiert werden, ein Drittel bei Regierungsbeschluß aus konjunkturellen Gründen (wobei die Regierung generelle oder individuelle Freigabe der Mittel verfügen kann) und mit dem dritten Drittel kann ein Unternehmen aufgefordert werden, ein spezifiziertes Projekt zu einem bestimmten Zeitpunkt durchzuführen. Damit — so gibt das offiziöse Schwedische

Institut stolz bekannt („50“) — „ist eine selektive Mittelvergabe auch zu Strukturumschichtungen möglich...“, die eigentlich dem ursprünglichen Ziel der Konjunkturstabilisierung nicht entspricht. Die Mittel des Investmentfonds betragen 1970 rund 4 Mrd. Kronen, dies entspricht dem Volumen der österreichischen Industrieinvestitionen. „Eigentlich ist dieses System eine Falle — durch Steuerersparnis wird man in die Investitionslenkung gelockt. Aber wenn man gut mit der Gewerkschaft zusammenarbeitet, bekommt man für gute Projekte jederzeit sein Geld zurück“, meint der Vertreter des SAF (Arbeitgeberorganisation).

#### **Antiautoritäre Schulen**

Die allgemeine Schulpflicht erstreckt sich vom siebenten bis zum 16. Lebensjahr, sie wird in der einheitlichen Grundschule geleistet, nur in den letzten drei Jahren besteht eine Wahlfreiheit im Ausmaß von fünf bis sechs Stunden eines 35stündigen Lehrplanes. Etwa 90% aller 16jährigen besuchen dann weitere zwei Jahre eine Gymnasialschule, 30% bleiben ein drittes Jahr, wieder etwas weniger ein viertes Jahr. In der Gymnasialstufe gibt es 22 Lehrgänge.

Das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern ist ein ungezwungenes und freundschaftliches. Das gegenseitige „Du“ ist vielleicht ein sehr formales Zeichen, das völlig freie Gespräch zwischen einem Schuldirektor und Schülern, die gerade ihre Freizeit (in vielseitigen Freizeiträumen) verbringen, bestätigt es. Fragt man die Schüler, was ihrer Meinung nach in den Schulen geändert werden sollte, wird das relative Notensystem kritisiert: In der Grundschule gibt es Zeugnisse nur in der dritten, sechsten und siebenten Klasse (einmal jährlich) sowie in der achten und neunten Stufe (zweimal jährlich); dabei werden die Leistungen der Schüler durch standardisierte Prüfungen in Relation zum gesamten Schülerejahrgang nicht nur der eigenen Schule gesetzt. Nicht angewandt wird dieses System in den Gymnasien.

Bedauert wird von den Lehrern, daß Schüler dem Unterricht auch fernbleiben können, dies führt nach ihrer Ansicht doch zu einem deutlichen Leistungsabfall. Gleichzeitig haben sie aber auch Verständnis

dafür, daß ihre Lehrervertretung keine Anwesenheitspflicht verlangen darf, weil es ja eine politische Frage ist.

Die Ausbildung der Lehrer dauert vier bis sechs Semester (je nach späterer Unterrichtsstufe), sie umfaßt die zu lehrenden Fächer unter besonderer Berücksichtigung der unteren sechs Klassen. Das Studium theoretischer Fächer ist begrenzt, die praktische pädagogische Ausbildung nimmt gut die Hälfte des Studiums in Anspruch.

Die Bedeutung der Erwachsenenbildung (vor allem durch den der Sozialdemokratischen Partei zugehörigen Arbeiterbildungsverband) ist am besten dadurch charakterisiert, daß sie ein Drittel der 20- bis 65jährigen und rund die Hälfte aller Erwerbstätigen umfaßt.

Der Religionsunterricht ist ein Wissensfach: seine Aufgabe ist die neutrale Darstellung aller wichtigen Weltreligionen. Daneben haben die Kirchen die Möglichkeit, am freien Samstag ein persönliches Engagement der Schüler in Richtung eines subjektiven Bekenntnisses zu einem Glauben zu erzielen. Von offizieller Seite wird die Religion als eine Eigenart angesehen, die in der modernen Welt schrittweise an Bedeutung verlieren wird. Von der Mehrzahl der Bevölkerung dürften noch pädagogische Vorteile einer christlichen Erziehung geschätzt werden, da in einer Umfrage (1969) sich 73% der Eltern für eine „christliche Erziehung“ ihrer Kinder ausgesprochen haben, allerdings nur 13% wollen, daß ihre Kinder später gläubige Christen werden. 97% der Schweden sind in der Lutherischen Staatskirche eingeschrieben, daneben existieren Freikirchen, etwa 1% der Bevölkerung (vorwiegend Einwanderer, daher auch mit leicht steigendem Trend) sind Katholiken. Die höheren Priester und besonders die Bischöfe der Staatskirche werden vom Staat ernannt (mit echter Auslesetätigkeit, nicht nur formaler Zustimmung), ein öffentlicher Widerspruch z. B. zur Abtreibungsregelung kommt daher nicht in Frage. Direkt auf seine persönliche Haltung zur Abtreibung angesprochen, meinte ein protestantischer Priester, er müsse versuchen, im persönlichen Gespräch den christlichen Standpunkt zu vertreten. Die katholische Kirche spielt natürlich quantitativ keine Rolle, dürfte aber bezüglich Gemeindebildung, Erziehungstätigkeit und intellektuel-

ler Brillanz ein vorteilhaftes Beispiel für andere Länder geben.

### Die kurzgehaltenen Studenten

Schweden kennt keine Autonomie der Hochschulen. Diese werden vom Universitätskanzleramt geleitet, „welches bis 1964 von den Universitäten gewählt und als deren Repräsentant angesehen wurde, seither hat das Kanzleramt die Stellung aller Regierungsbehörden“ („25“). Die Leitung des Universitätskanzleramtes besteht aus zehn Personen, darunter Vertretern der Berufsorganisationen und der Studenten, alle zehn Mitglieder werden von der Regierung ernannt („25“). Die zentrale Festlegung der Aufnahmebedingungen an den Hochschulen und die Vergabe von Forschungsmitteln durch Forschungsräte (alle unter direkter Weisungsbefugnis des Ministeriums, vgl. „51“) zeigen den geringen Handlungsspielraum der Universitätsangehörigen.

Die Studentenvertretung versteht sich — wie schon erwähnt — als unpolitische Interessenvertretung, die bei Reformen mit politischer Bedeutung wenig mitzureden hat. Gegen die laufende Hochschulreform (U 68 genannt) opponiert sie zwar, weil die Reform die Studienbedingungen verschärft und die Verschulung der Hochschulen (schon bisher gab es genaue Studiengänge, die Pflicht, in jedem Semester eine Punkteanzahl zu erreichen, und weitgehende Anwesenheitspflicht, vgl. „17“, S. 57 ff. und „6“, S. 139 ff.) weitertreibt, doch „bläst ihnen der Wind ins Gesicht... und die Demokratisierung der Hochschulen — im Sinne eines vermehrten Staatseinflusses — ist allgemein anerkannt“. Die Studentenvertretung wird von den nicht-sozialistischen Parteien gestellt, doch „gibt es keine wesentlichen Gegensätze zu den Sozialisten“. Neulinke Gruppen oder Kommunisten haben nie eine Rolle gespielt. Die Hauptaufgaben der Studentenvertretung sind mit „Sozialfürsorge, Gesundheit, Ausbildung und internationaler studentischer Zusammenarbeit“ definiert („48“).

Anstelle von Studienbeihilfen gibt es Darlehen. Der Student kann bis zu 10.000 Kronen pro Jahr leihen, davon sind 1750 geschenkt, der Rest muß inflationsgesichert (!) zurückgezahlt werden. Es gibt

Berechnungen („17“), daß man auf diese Weise bis zum 50. Lebensjahr jährlich 8000 Schilling aus dem versteuerten Einkommen zurückzahlen muß (also 16.000 Schilling verdienen muß). Dabei deckt das Darlehen bei weitem nicht die vollen Kosten der Studenten, die mit 1250 Kronen monatlich beziffert werden („48“).

Die Akademikerschwemme hat ein zweifaches Gesicht. Einmal gibt es zu viele fertige Akademiker: die Zahl der gemeldeten arbeitslosen Akademiker liegt 1973 bei 12.000, das Ausmaß derer, die in Stellungen arbeiten, für die sie nicht studieren hätten müssen, kann statistisch nicht erfaßt werden. Es handelt sich bei dieser Akademikerschwemme vorwiegend um abgeschlossene Studien, die nicht teuer waren, das heißt, nicht durch Geräte oder Laborplätze beschränkt werden. (5)

Auf der anderen Seite gibt es zuwenig Ärzte und Ingenieure („36“). Dabei ist der Ärztemangel auf eine drastische Beschränkung der Studienplätze in den „teuren“ Studien zurückzuführen. In diesen Studien (Medizin, Zahnarzt, Pharmazie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Teile der Ökonomie) ist die Zulassung an die Noten der mittleren Schulstufe gebunden. Ein Studienplatz für Medizin in Uppsala war im Juli 1974 nur mit einem Notendurchschnitt von 4,86 zu erreichen, das heißt, von 10 Fächern mußten 9 mit der besten Note (Fünf) abgeschlossen werden und ein Fach mit der zweitbesten Note. Der leichteste Zugang zum Medizinstudium war im Norden des Landes (Umea) möglich, hier lag die Latte „nur“ bei 4,69. (6) Die Anzahl der jährlichen Neueintritte in der Medizin ist mit 1050 Studenten begrenzt, dies stellt weniger als 5% der Studentenzahlen (in Österreich begannen 1974 1534 Studenten das Medizinstudium, fast 15% der Studenten). Der Versuch, dennoch mehr Ärzte zu bekommen, geht über den Versuch, die „Durchsatzgeschwindigkeit“ der Studenten zu erhöhen.

So zielt auch die 1969 begonnene Hochschulreform (zunächst U 68 genannt, dann als H 75 beschlossen) auf eine Verschärfung der Studienbedingungen, die Einführung von Kurzstudien und die teilweise Trennung von Forschung und Lehre hin. Die Vertreter des Öffentlichkeitsinteresses (Gewerkschaften und Arbeitgeber) sollten die Mehrheit in den Entscheidungsinstanzen der Universitäten bekommen. Aufgrund des

Widerstandes aller Oppositionsparteien einigte man sich bezüglich des letzten Punktes darauf, daß in den Verwaltungsräten der Hochschulen eine Drittelparität eingerichtet würde, wobei die Lehrer, die Studenten und die Repräsentanten des Öffentlichkeitsinteresses berücksichtigt sind. Allerdings werden die Vorschläge der Professorenvertretung und der Studentenschaft bezüglich ihrer Vertreter nur „in der Regel“ berücksichtigt. Auch wird in der Kommission zur Ernennung von Professoren und Lehrbeauftragten die Hälfte der ständigen Mitglieder von „Experten“ gestellt, so daß sich der Einfluß der Universitätsangehörigen weiter in engen Grenzen hält („51“ und „52“).

### Gleichheit ist Freiheit

Die starke Betonung der Gleichheit in der schwedischen Politik ist bekannt. Im Alva-Myrdal-Report („4“) wurde 1969 eine Bestandsaufnahme und Revision des Gleichheitspostulates durchgeführt. Dieser Bericht bietet in der Konkretheit und Klarheit seiner Diktion ein Beispiel, wie man schwierige Probleme für die breite Öffentlichkeit verständlich darstellen kann, und zeigt gleichzeitig, wie wenig Vorväter und philosophische Grundlagen zitiert sein müssen, wenn man eine bestimmte Meinung hat.

Es ist eindeutig, daß sich das Gleichheitsstreben der Sozialdemokraten in Schweden nicht nur auf die Chancengleichheit bezieht; so wurde der Satz „Die Sozialdemokratische Partei akzeptiert dagegen Einkommensdifferenzen, die auf Unterschiede in der Leistung, den Fähigkeiten, der Verantwortung und Initiative beruhen“ aus dem Programm gestrichen („17“, S. 41). Der Myrdal-Report distanziert sich ausdrücklich „von der liberalen Sicht der Gleichheit, die den Individuen primär gleiche Ausgangsbedingungen für das Leben geben will“ („4“, S. 17). „Sozialdemokratische Sicht von Gleichheit meint, daß dort, wo die Natur fundamentale Unterschiede in der Begabung und den Fähigkeiten verleiht, verhindert werden müsse, daß diese die Chancen im Leben bestimmen, im Gegenteil hätte die Gesellschaft zu intervenieren, um *die Bilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen*“ („4“, S. 17). Daß es möglicherweise unterschiedliche subjektive Anstrengungen und un-

terschiedlichen Leistungswillen gibt, wird an dieser Stelle nicht erwähnt. (7)

Ein auch nur partieller Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit wird in dem ganzen „Gleichheitsbericht“ nicht erwähnt. Die Sozialdemokraten sehen keine Notwendigkeit, zwischen mehr Gleichheit und mehr Freiheit zu wählen, da ihrer Meinung nach die Gleichheit die Voraussetzung zur Freiheit ist (etwa „5“, S. 29). Ein weiterer, oft zum Durchbruch kommender Gedanke ist der, daß die Freiheit in der Gruppe oder Organisation zum Tragen komme, und zwar um so mehr, je größer und je mächtiger diese Organisation ist. So Olaf Palme: „Das Ziel besteht darin, nicht die Freiheit vom Kollektiv, sondern im und durch das Kollektiv zu verwirklichen“ („6“, S. 38). Oder: „Der einzelne Arbeitnehmer kann sich durch seine Organisation — die Gewerkschaft — etwas aus der Abhängigkeit vom Arbeitgeber befreien“ (S. 29). Hierbei ist nicht die Unrichtigkeit dieser Feststellungen einzuwerfen, wohl aber das Fehlen jeder Möglichkeit neu entstehender Abhängigkeiten (von Bürokratie und Institutionen).

Oder in den Worten des angesehenen Wirtschaftspolitikers Gösta Rehn: „Das wichtigste Wohlfahrtsziel ist die Freiheit der Entscheidung . . . der freie Markt bringt sie nicht voll zustande . . . es gibt zwei Instrumente, die das Individuum schützen können: Organisationen und der Staat . . . es sind vor allem die *großen* Organisationen, die Sicherheit und Freiheit für das Individuum schaffen, die sich eine liberale Gesellschaft nicht träumen ließ . . . kleine Organisationen vertreten egoistische Gruppeninteressen, ohne die Interessen der Arbeiterklasse oder der Gesellschaft zu berücksichtigen“ („24“, S. 46).

So bedeutet staatliche Steuerung die wesentliche Voraussetzung zur Befreiung der Individuen („6“, S. 155), in diesem Sinne gibt es sicher keinen Antagonismus zwischen Gleichheit und Freiheit.

Die schwedischen Oppositionsparteien unterscheiden sich in dieser Argumentation nicht von der Sozialdemokratischen Partei (siehe auch „17“, S. 113).

## Sozialstaat und Gesundheitsparadies

Schweden gilt als Musterland des sozialen Wohlstandes und Vorreiter auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik.

Mißt man die Richtigkeit dieser Vorstellung quantitativ an dem Anteil der Ausgaben für soziale Sicherheit am Bruttosozialprodukt, so liegt Schweden bis 1970 (spätere Angaben sind nicht verfügbar) nicht deutlich höher als andere europäische Länder, in Relation zu den gesamten Aktivitäten des öffentlichen Sektors liegen die Sozialleistungen sogar etwas niedriger.

Eine Untersuchung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Monatsberichte 5/1972, S. 203) zeigt den Anteil der Ausgaben für soziale Sicherheit (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Invalidität, Kinderbeihilfen, Wohnungszulagen) für elf Länder. Schweden liegt 1969 mit 16,1% in der Mitte (siebente Stelle) der verglichenen Länder, deutlich hinter den Niederlanden und Österreich, etwas hinter der BRD, hinter Italien, Belgien und Luxemburg. Hinzu kommt, daß Schweden erst seit 1965 seine Position (durch Einführung der Zusatzpension etc.) bessern konnte, in diesen Jahren waren nur Dänemark, Finnland und Norwegen hinter Schweden gelegen. Um diese Aussage weiter abstützen zu können, sollen noch einige weitere internationale Schätzungen des Anteils der Sozialausgaben gebracht werden. Eine schwedische Statistik („31“, S. 43) schätzt den Anteil der Sozialausgaben im Jahr 1969 auf 18,2%. Dieser wohl als Obergrenze möglicher Schätzungen zu betrachtende Anteil (hier sind auch der Sachaufwand der Altersheime, kostenlose Schulmahlzeiten sowie Tätigkeiten, die in Österreich in den Bereich der Fürsorge fallen, als Sozialaufwand gebucht) liegt noch immer unter dem für die Niederlande (vom Wirtschaftsforschungsinstitut) berechneten Wert. In einer ebenfalls schon etwas älteren Statistik (für 1966) der EWG (Statistische Grundzahlen, Luxemburg 1974) liegt Schweden um rund 3% (15,6 im Vergleich zu 18,5%) hinter Österreich und etwas hinter den Niederlanden und der BRD.

Innerhalb der quantitativ bedeutsamen Ausgabekategorien bietet das Pensionssystem (wie schon

oben erwähnt) auch nach der Pensionsreform eine etwas geringere Leistung als in Österreich.

Die Arbeitslosenunterstützung liegt zwischen 18 und 60 Kronen am Tag (fünf Tage pro Woche), 150 bis 200 Tage maximal (steuerfrei, Daten von 1971, Öffentliche Sozialleistungen „23“, S. 54).

Im Krankheitsfall deckt die Versicherung den Krankenhausaufenthalt des „Allgemeinen Saales“ (III. Klasse) für unbegrenzte Zeit (Pensionisten ein Jahr), der Patient zahlt allerdings 10 Kronen täglich („49“, S. 2), als Krankengeld erhält man bis zu 90% des Einkommens, jedoch maximal 52 Kronen täglich (Stand 1973).

Die ärztliche Behandlung ist auch im Rahmen des staatlichen Gesundheitsdienstes mit einem Selbstbehalt des Patienten verbunden. Der Selbstbehalt beträgt zwischen 7 und 15 Kronen (2 Kronen bei telefonischer Konsultation), der Arzt erhielt 1970 von der Kasse 31 Kronen für eine Behandlung und 4 Kronen für telefonische Ratschläge. Für Medikamente gibt es ebenfalls einen Selbstbehalt (zwischen 5 und 15 Kronen), bestimmte ständig erforderliche Medikamente, z. B. Insulin, sind frei.

Das Honorar privat praktizierender Ärzte wird von den Kassen zu  $\frac{3}{4}$  ersetzt, jedoch nur bis zu der in einer Vergütungstabelle angeführten Höhe. Dadurch hält man die Attraktivität der privaten Ordinationen in Grenzen (8), gleichzeitig fördert man Ärzte, die sich dem staatlichen Gesundheitsdienst anschließen (9), indem diese die teuren Einrichtungsgegenstände und Geräte zur Verfügung gestellt bekommen. (10)

Die Krankenhäuser sind nach einem für österreichische Verhältnisse unvorstellbaren technischen Aufwand eingerichtet, sie werden von einem Direktor (vom Staat ernannter Beamter) geleitet, ihm steht für wirtschaftliche Fragen ein Intendant zur Seite, Ärzte sind an der Leitung nur als Berater beteiligt. Die Anzahl der Ärzte ist im Verhältnis zum Bedarf deutlich zu knapp, wird man wegen einer nicht akuten Krankheit an ein Krankenhaus gewiesen, muß man in der Regel monatelang warten (Gallenoperationen bis zu zwei Jahre); auch bei ambulanter Behandlung eines Falles, der nicht akut ist, muß der Patient seine Konsultation Wochen oder Monate vorher anmelden („49“, S. 2).

Zu den Sozialleistungen, die eindeutig stärker ausgebaut sind als in Österreich, zählt das staatliche Wohngeld. Die Einkommensgrenze, bis zu der es gewährt wird, lag 1972 je nach Kinderanzahl zwischen 23.000 Kronen (mit einem Kind) und 37.000 Kronen im Jahr (mit fünf und mehr Kindern), die jährlichen Zuschüsse zwischen 720 Kronen und 3840 Kronen. Kommunale Zuschüsse zwischen 120 Kronen und 1600 Kronen kommen noch hinzu.

Zu den unbestreitbaren Vorteilen der sozialen Sicherheit in Schweden zählt zum Beispiel die „Soziale Haushaltshilfe“, die für Alte und Behinderte (die bei täglichen Beschäftigungen, der persönlichen Hygiene etc. vorübergehend oder dauernd Hilfe brauchen) und für in Schwierigkeiten gekommene Familien oder erwerbstätige Eltern (bei Krankheit, Geburt, Schwäche) kostenlos (oder nach Zahlungsvermögen) zur Verfügung gestellt wird.

Bei Invalidität zielen die meisten Unterstützungen auf die Wiedereingliederung des Betroffenen in die Arbeitswelt ab (kostenlose Eignungstests und Ausbildung sowie geschützte oder halbgeschützte Arbeitsstätten in besonderen Werkstätten, Archiven etc.), es gibt auch Zuschüsse oder Darlehen für Fahrzeuge, für die Sonderausstattung der Wohnungen etc.

Um zu verhindern, daß spezielle Fälle durch ein zu weitmaschiges Netz des Sozialen Wohlfahrtsstaates fallen können, gibt es mit der „Sozialhilfe“ eine Hilfeart, die dann eintritt, wenn andere Hilfe unzureichend ist oder nicht sofort gewährt werden kann. Sie ist an keine bestimmten Formen gebunden, kann in Bargeld, Bekleidung, Ausrüstung, Krankenhauspflge, Altersheim etc. bestehen und auch für zukünftigen Bedarf (Umschulung, wirtschaftliche Sanierung) vom zuständigen Sozialamt gewährleistet werden.

Die schwedische Sozialpolitik bedient sich in der Erfüllung ihrer Ziele nicht nur der Gesetze, großer Organisationen und materieller Hilfe, sondern auch gezielter Anreize, private Mitwirkung und individuelle Betreuung zu erreichen.

So zahlt der Staat Eltern Zuschüsse, die am Tag fremde Kinder in ihren Privathaushalt aufnehmen, ebenso Heimsamaritern (auch Angehörigen), die Kranke zu Hause pflegen. Die wohl quantitativ be-



deutsamste persönliche Hilfe besteht in dem sehr verzweigten System der Sozialhelfer.

Eine Broschüre über die Sozialhelfer („32“) zählt 14 verschiedene Arten von Sozialhelfern mit durchaus verschiedenen Arbeitsgebieten auf; die Sozialhelfer ermöglichen es durch ihre großteils voll berufliche Tätigkeit, den politischen und gesetzlichen Hilfswillen zu vollstrecken. Sie sind in der Regel Angestellte der kommunalen Behörden, ihre Rechte und Pflichten sind relativ streng durch staatliche Gesetze bestimmt („32“, S. 6). Ziel der ersten Gruppe von Sozialarbeitern, die man eventuell mit „Allgemeine örtliche Sozialarbeit“ übersetzen könnte, ist

1. die Verhinderung sozialer Außenseiter (maladjustment),
2. die Aufrechterhaltung sozialer Anpassung (adjustment),
3. die Wiedereinführung in die soziale Umgebung und erst
4. die Überführung in die Formen der kollektiven Hilfe wie Altersheime, Anstalten, Jugendzentren etc. Völlig ungewohnt für Österreich ist die Idee, daß es Sozialarbeiter auch in den Schulen (Hilfe für einzelne Schüler, Vorschläge für Nachhilfestunden, Diskussion des Stundenplanes und der Freizeitmöglichkeiten) und in den Betrieben und Behörden gibt (Vorschläge für begabungsadäquaten Einsatz, Pensionsregelungen etc.), sehr vorteilhaft sind die persönlichen Beziehungen zu einem Sozialhelfer für Alkoholranke und Strafgefangene auf Bewährung. In allen diesen Fällen besteht auch eine gewisse Kontinuität zwischen dem Sozialhelfer und seinem Klienten, die z. B. im Verhältnis zwischen Arzt und Patient in Schweden nicht mehr vorgesehen ist.

Negativ fällt dem Beobachter innerhalb dieses sozialen Hilfssystems ein obrigkeitlicher oder zumindest schulmeisterlicher Ton auf sowie das völlige Fehlen des Auftrages der Sozialhelfer, die Schritte zur Wiedereingliederung oder Gesundung mit dem Betroffenen selbst zu planen. Positiv formuliert: emanzipative Ansätze, individuelle Kräfte und den eigenen Antrieb des „Klienten“ unterstützende oder auslösende Arbeit, Gruppendynamik, Selbsterkenkung etc. sind unter den Therapievorschlügen nicht zu finden. (11)

Einen Schutz des einzelnen vor eventuellen Miß-

griffen der Sozialhelfer gibt es nicht. Ein diesbezüglich angesprochener Rechtsanwalt hält ihn auch nicht für nötig, da ja ohnehin alles (von den Vorgesetzten des Sozialhelfers) geprüft werde und es im übrigen ja keinen Grund gebe einzugreifen, wenn alles in Ordnung wäre. Für diese Ansicht spricht, daß weder ein oppositioneller Parteienvertreter noch befragte Staatsbürger Eingriffe der Sozialhelfer in die Privatsphäre als Problem betrachteten.

Für eine Gesamtschau des Wohlfahrtsstaates Schweden bleibt festzuhalten, daß die ganz teuren Sozialleistungen offensichtlich nicht stärker ausgebaut sind als zum Beispiel in Österreich, wogegen die Betreuung durch Sozialhelfer, die Heimhilfe für Ältere, Schwangere etc. und die Invalidenhilfe stärker ausgebaut sind. Im Gesundheitswesen sind zwar moderne Kliniken vorhanden, die Betreuung ist jedoch nur für akute Fälle gesichert; die Ärztedichte (12) ist für einen Wohlfahrtsstaat zu niedrig, eine Kontinuität des Arzt-Patient-Verhältnisses gibt es nicht.

Ob der Wohlfahrtsstaat — wie es von Anhängern des Liberalismus oder des Konservatismus oft befürchtet wird — zur Lähmung der Eigeninitiative geführt hat, kann man in einigen Wochen natürlich nicht beurteilen. Ich persönlich bezweifle, daß das erreichte Ausmaß an Sozialleistungen dies bewirkt (mit Ausnahme der Frage des Zusatzverdienstes wegen der Steuerprogression). (13)

#### **Die Stellung der Frau in Schweden**

Die Gleichberechtigung der Frauen ist ein zentrales Ziel der schwedischen Politik — mißt man ihre Bedeutung an der Erwähnung in politischen Gesprächen und Aktionsprogrammen, dann hat sie innerhalb der politischen Ziele einen höheren Rang als in anderen Ländern.

Die Gleichstellung der Geschlechter begründet sich aus dem allgemeinen Wunsch nach Gleichheit und bedarf wie diese selbst keiner weiteren ideellen oder philosophischen Begründung. Das Postulat der Gleichberechtigung wird in den offiziellen Schriften in keiner Weise ergänzt durch die Diskussion über natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau, wobei nicht nur die konservative Abart dieser Dis-

kussion (Männer sind von Natur aus für logische Berufe geeignet, Frauen für gefühlsmäßige) außer Diskussion steht, sondern auch moderne Versionen (Vermeidung schwerer körperlicher Arbeit für Frauen etc.) in den einschlägigen Broschüren nicht einmal erwähnt werden (vgl. „4“ und „33“). In privaten Gesprächen mit einzelnen Schwedinnen hatte man allerdings das Gefühl, daß das Vorhandensein gewisser natürlicher Unterschiede in den Neigungen der Geschlechter bejaht würde, wenn sie auch schwer von sozialisierten Vorurteilen zu trennen sind.

In der Begründung der Programme zur Gleichstellung der Frau werden vor allem die wirtschaftlichen Argumente stark hervorgehoben, so z. B., daß das schwedische Nationalprodukt um 25% steigen würde, wenn „man sich die unausgenutzte Arbeitskraft der Frau ganz zugute kommen ließe“, und um ungefähr 50%, „wenn u. a. die Diskriminierung des weiblichen Geschlechtes ganz abgeschafft würde“. Man „müsse vor allem darauf hinweisen, daß ein Unternehmen besseren Gewinn abwirft, wenn es mehr Frauen anstelle . . . weil die durchschnittliche Produktivität von zwei halbtägig arbeitenden Frauen, die eine Ganztagsbeschäftigung teilen, größer ist als das, was der männliche Arbeiter am ganzen Tag leistet“ („33“, S. 10).

Ansatzpunkte der Politik sind die Entlastung der Frauen von der Kinderbetreuung und die Bemühung der Arbeitsmarktverwaltung, die Vorstellungen von geschlechtsspezifischen Berufsbildern zu verändern. Der Bedarf an Kindergartenplätzen (von Vorschulen ganz zu schweigen) und von Tagesheimen übersteigt die vorhandenen Möglichkeiten nach wie vor kraß (vgl. „12“, S. 40; „33“, S. 47f.). In der Schulausbildung wird die Einheitsschule (Gymnasialstufe genannt) als Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter bezeichnet, und die Jungen erhalten einen obligatorischen Unterricht in Haushaltskenntnissen, Kochen und Kinderpflege. Ein vorübergehender Numerus clausus für Lehrerausbildung in bestimmten Klassen (50% Männer : 50% Frauen) wurde wieder aufgegeben („33“, S. 29f.).

Die positive Haltung der Gewerkschaft zur Teilzeitbeschäftigung (20 bis 25% der Beschäftigten sind teilzeitbeschäftigt) und die Auflage, bei öffentlich geförderten Betriebsgründungen einen Frauenanteil

von 40% zur Bedingung zu machen, dienen ebenfalls der starken Förderung der Frauenbeschäftigung.

Die Möglichkeit eines sechsmonatigen Karenzurlaubes (mit bestimmter Entlohnung) kann auch vom Mann in Anspruch genommen werden oder zwischen Mann und Frau geteilt werden. Während der Autor diese Regelung als großen Fortschritt ansieht, steht er einem anderen finanziellen Anreiz skeptisch gegenüber: Wenn ein Arbeitgeber Frauen in typischen Männerberufen anstellt (Schweißen etc.), so erhält er eine Prämie (von 5 Kronen im ersten Halbjahr der Beschäftigung abwärts zeitlich gestaffelt).

Die schwedischen Behörden würden den Erfolg der Politik der Gleichstellung der Frauen am liebsten in Statistiken messen. Allerdings liegt der Anteil der Frauen an der Erwerbstätigkeit mit 39½% (1970: Labour Force Statistic) nicht viel höher als in anderen Staaten (Österreich 39%). Auch die tatsächlichen Gehälter der Frauen liegen trotz der formell gleichen Entlohnung (seit 1960) unterschiedlich, weil die Frauen in den Berufen mit niedrigeren Durchschnittslöhnen stärker vertreten sind als Männer (unter den niedrigst bezahlten Berufen sind zwei Drittel der Beschäftigten Frauen „42“) und zusätzlich in den niederen Gehaltsstufen verbleiben (der Anteil der Frauen unter den Beamten beträgt 66%, doch nimmt das männliche Übergewicht mit den mittleren und höheren Stufen immer mehr zu „33“).

So wenig diese Statistiken ein rasches Erreichen der Ziele der Gleichstellung der Geschlechter ankündigen, so muß der Erfolg der Politik auch in schwerer quantifizierbaren Bereichen gemessen werden: der begrenzte Bereich von Erfahrungen und Kontakten, der einem flüchtigen Schwedenbesucher zu Verfügung steht, deutet immerhin an, daß die Frauen in Schweden bezüglich der eigenständigen Meinungsbildung, der Eigenverantwortung und dem Streben nach persönlicher Selbstverwirklichung initiativer sind als in Ländern, in denen dem Ziel der Gleichstellung der Frau weniger Bedeutung zugemessen wird.

## Sex und Familie

Die Sexualaufklärung findet sich in Schweden seit 1940 im Lehrplan, seit 1956 besteht ein verpflichtender Unterrichtsgegenstand. Der Unterricht beginnt in der ersten Klasse (mit sieben Jahren) in der Erklärung des Unterschiedes von Mann und Frau, der Herkunft der Kinder und der Beziehung zwischen Kindern und Eltern (die vorgeschlagene Art des Unterrichtes gemäß Swedish Board of Education Handbook kann nachgelesen werden in „19“, S. 150). Im Alter von zehn bis zwölf Jahren werden dann die Geschlechtsorgane, Pubertät, Menstruation, Schwangerschaft, Verhütungsmittel und Geschlechtsverkehr besprochen.

Ziel des Aufklärungsunterrichtes ist in erster Hinsicht die umfangreiche Information und der Abbau der Angst vor der Welt des Sexuellen. Ob eine Beeinflussung in Hinsicht auf eine enthaltsame oder freizügige Einstellung zum Geschlechtsverkehr vorgenommen werden soll, wurde lange diskutiert und auch einer Meinungsumfrage (ca. 1970) unterworfen. Vier mögliche Ansichten zu diesem Thema wurden zur Auswahl gegeben und getrennt nach einer jüngeren (18 bis 23 Jahre) und nach einer älteren Gruppe (24 bis 60 Jahre) ausgewertet: 4% der jüngeren und 20% der älteren Gruppe vertraten die Ansicht, Ziel des Aufklärungsunterrichtes sollte die Erreichung der Enthaltsamkeit bis zum vollen Erwachsensein sein; 33% der jüngeren und 47% der älteren Gruppe meinten, es sollten alle möglichen Einstellungen gelehrt werden, die Enthaltsamkeit aber empfohlen werden; 60 bzw. 31% meinten, man solle alle möglichen Einstellungen lehren und solle die Schüler anregen, sich selbst eine Meinung zu bilden; nur 3 bzw. 2% waren dafür, daß man alle Einstellungen lehren, aber die liberalen empfehlen solle.

Die „Sex Education Commission“ hat dann 1971 einen Weg beschlossen, der im großen und ganzen der pluralistischen Methode (alle Ansichten bringen, Meinungsbildung den Schülern überlassen) entspricht, jedoch in einigen Punkten einen klaren Standpunkt empfiehlt (niemand soll zu sexuellen Kontakten gedrängt werden; wenn Geschlechtsverkehr, aber keine Kinder erwünscht sind, dann bestehe die moralische Verpflichtung, Verhütungsmittel zu neh-

men; keine Verachtung sexueller Minderheiten etc. Siehe „19“, S. 139).

Verhütungsmittel sind ohne institutionelle Beschränkungen in Schweden erhältlich, die Forschung wird auf diesem Gebiet staatlich gefördert, Propaganda ist erlaubt.

Eine Studie des schwedischen Erziehungsministeriums aus dem Jahr 1969 liefert Zahlen über das Sexualverhalten in der Praxis, die Studie untersucht eine repräsentative Stichprobe zwischen 18 und 60 Jahren.

95% der Befragten hatten Geschlechtsverkehr in der Vergangenheit gehabt, das mittlere Alter des ersten Geschlechtsverkehrs war 16,6 Jahre bei Männern und 17,2 bei Frauen (dieser Wert ist seit 1920 um ein Jahr gesunken). Vorehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten oder ständigen Partnern wird von 90% für richtig gehalten, gelegentlicher Geschlechtsverkehr vor der Hochzeit von 53% der jüngeren Männer und 25% der jüngeren Frauen. Treue wird von 87% der Männer und 91% der Frauen als absolute Notwendigkeit für eine Ehe angesehen.

Das Heiratsalter in Schweden liegt mit 25 Jahren für Männer und 22 Jahren für Frauen im internationalen Vergleich sehr hoch. 40% der Erstgeborenen werden vor der Eheschließung gezeugt (dies soll der ländlichen schwedischen Sitte entsprechen, erst zu heiraten, wenn ein Kind unterwegs ist; jedenfalls verkürzt der Hinweis auf ein kommendes Kind die Wartezeit für Wohnungen, und Heirat ist oft an die Wohnungsfindung gebunden „20“).

Die Anzahl der Eheschließungen je 1000 Einwohner ist von 1960 bis 1972 von 6,7 auf 4,7 zurückgegangen, die Anzahl der Scheidungen von 1,2 auf 1,9 je 1000 gestiegen. Die Anzahl der Geburten hat sich von 13,6 auf 13,8 erhöht, die Anzahl der unehelichen ist von 1,5 auf 3,4% gestiegen. 80% der Mütter, die uneheliche Kinder bekommen, heiraten später, 50% den Kindesvater. Die Anzahl der Abtreibungen ist von 2792 (0,4 je 1000) auf 30.000 im Jahr 1974 gestiegen (je 1000 Einwohner mehr als 3, im Verhältnis zu 112.000 Lebendgeburten mehr als 25%). (Alle Zahlen wurden „6“ entnommen.)

Die schwedische Gesetzgebung baut in immer stärkerem Maße Begünstigungen für Familien im Verhältnis zu anderen Formen des Zusammenlebens

ab: e  
verhe  
stand  
Heira  
sogar  
Gru  
Form  
weil d  
Krank  
(siehe  
kritisc  
Ger  
die R  
die an  
zusam  
Im t  
die Fr  
gesetz  
der Eh  
Treue  
Rücks  
Kinder  
zuneh  
in ihr  
gezog  
sollen  
werde  
Tagesr  
von V  
Progra  
gung v  
leben  
selbst  
milie a  
Homos  
soziale  
in erste  
liegen.  
Eltern  
Kinder  
Mutter  
in die D  
Ziel d  
gramm  
sozialis  
an der

ab: es gibt kaum steuerliche Unterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren, Hausstandsgründungsdarlehen kann man ebenfalls ohne Heirat haben, in bezug auf Studienbeihilfen ist es sogar besser, nicht verheiratet zu sein.

Grundgedanke der Familienpolitik ist, daß alle Formen des Zusammenlebens gleichwertig seien, weil der Staat die hauptsächliche Verantwortung für Kranke, Arbeitslose und Kinder übernommen hat (siehe der Tendenz nach in „33“, S. 8, und in sehr kritischer Kommentierung in „6“, S. 86ff.).

Gerade in Hinsicht auf die Familienpolitik dürften die Reformen jedoch erst beginnen. Hornung faßt die anstehenden Reformvorschläge (in „6“) wie folgt zusammen:

Im Entwurf zu einem neuen Ehegesetz stehe, daß die Freiheit des einzelnen der höchste Wert der Ehegesetzgebung sein solle und ein gesetzlicher Schutz der Ehe gegen das Grundgesetz der Freiheit verstoße. Treue bedeute nur noch Loyalität und gegenseitige Rücksichtnahme. Die Scheidung ist, wenn keine Kinder unter 16 Jahren vorhanden sind, sofort vorzunehmen (ohne die bisherige Bedenkzeit — obwohl in ihr ein Viertel ihren Scheidungswillen zurückgezogen haben). Durch ein Gesetz für die Kinderhorte sollen Kinderbeihilfen auf jene Kinder beschränkt werden, die in einem Kinderhort sind oder von einer Tagesmutter betreut werden (nicht mehr, wenn sie von Vater oder Mutter betreut werden). In einem Programm der sozialdemokratischen Frauenbewegung wird die Familie als freiwilliges Zusammenleben wirtschaftlich voneinander unabhängiger und selbständiger Individuen bezeichnet, wobei als Familie auch Großfamilien, Geschwisterhaushalte und Homosexuelle verstanden werden. Die materielle, soziale und intellektuelle Betreuung der Kinder muß in erster Linie in der Verantwortung der Gesellschaft liegen. Die Abschaffung der Unterhaltspflicht der Eltern gegeneinander, der Eltern gegenüber den Kindern und des Vaters gegenüber der unehelichen Mutter wird gefordert, die Betreuung aller Kinder soll in die Distriktszentralen übergeführt werden. Letztes Ziel dieses stufenweise durchzusetzenden Programms der sozialdemokratischen Frauen ist „eine sozialistische Gesellschaft, in der alle Erwachsenen an der Produktion teilnehmen und in der die Gesell-

schaft für die Pflege der Kinder solidarisch Verantwortung trägt“ („6“).

### Humanisierung der Arbeitswelt

Zu den unbestrittenen Erfolgen des schwedischen Systems gehören die Anstrengungen zur Reform der Arbeitswelt, insbesondere bezüglich der manuellen Arbeit, und hier wieder im kritischsten Punkt, nämlich der monotonen und schweren körperlichen Arbeit.

Der Anlaß für die Experimente waren in jedem Fall (vgl. „18“, „26“ und „39“) Probleme im Bereich der Arbeitskräfte (hohe Fluktuation, hohe Abwesenheitsrate etc.), in keinem Fall wird das Recht der Arbeitnehmer auf Befriedigung in ihrer Arbeit oder der Wunsch nach Selbstverwirklichung als Ursache der Reformen genannt. Auch wurden die Reformen in jedem Fall von der Unternehmerseite initiiert, die Gewerkschaften arbeiteten dann in der Durchführung mit.

Ein Experiment in dem multinationalen Konzern Graenges (zirka 25.000 Beschäftigte) ist für die zielorientierte Vorgangsweise schwedischer Planer charakteristisch. In einer Gießerei wurde ein strenges Akkordlohnsystem in ein Zeitlohnsystem umgewandelt und die Arbeiter gleichzeitig in kleine Gruppen unterteilt, die zusammenarbeiten und sich auch gegenseitig schulen sollten („9“). Doch die Produktivität sank, die Abwesenheitsquoten der Arbeitnehmer und die Ausschußziffern stiegen an, die Fluktuation verringerte sich nicht. Nun versuchte man ein gemischtes Lohnsystem (70% fixer Zeitlohn, 30% Gruppenprämie, zusätzlicher Qualitätsbonus) und baute die Produktionsgruppen weiter aus (fixe Gruppen; Wahl eines Gruppenleiters, Verbesserung des Informationsaustausches der Gruppe zur Leitung) und erreichte nun die gewünschten wirtschaftlichen Ziele. Der Bericht über den Werdegang dieses Experimentes schließt jedoch nicht euphorisch, sondern mit der Analyse weiterer Probleme (z. B. Vonselbständigung des Gruppenleiters; Lösungsvorschlag: Rotation).

Die *Saab-Scania-Gruppe* startete zwei Experimente. In einer schon bestehenden Fabrik zur Her-

stellung von Chassis (Södertälje) für Lkw wurden die Fließbandarbeiter zu Produktionsgruppen zusammengefaßt, Gruppen übernehmen zusätzlich die Qualitätskontrolle der Arbeit und die Reparaturen der Maschinen und die einzelnen Arbeiter lösten sich in den Aufgaben rotierend ab. In einer neu errichteten Motorenfabrik wurde die Arbeit am Fließband abgeschafft, dieses dient nur noch dazu, die Materialien an einen Gruppenarbeitsplatz zu bringen. Jede Arbeitsgruppe setzt dann in einer halben Stunde einen kompletten Motor zusammen, wobei Arbeitsaufteilung und -kontrolle innerhalb der Gruppe stattfinden.

Der Volvo-Konzern führt seit Beginn der siebziger Jahre in seinen Betriebsstätten eine breite Palette von Experimenten durch („39“). In den UMEA-Werken (Fahrräder für Lkw, Druckluft- und Vakuumtanks) werden die Arbeitnehmer in Gruppen eingeladen, ihre Arbeit zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge zu machen, letztlich somit eine unbürokratische Mitverantwortungsform zu praktizieren; in den Olofstroems-Werken (gepreßte und geschweißte Karosserieteile) kann durch Magazine und Pufferlager die Fließbandarbeit bis zu einer Viertelstunde vom einzelnen Arbeiter unterbrochen werden, ohne daß der Arbeitsfluß der anderen gestört wird; in den Torslanda-Werken (größte Pkw-Fabrik) wurden die sonst grauen Wände färbig gestaltet, jeder Arbeiter wurde auf 15 verschiedenen Arbeitsstationen geschult und wechselt seinen Platz tageweise, Planung und Qualitätskontrolle wurden zum Teil delegiert. In dem Bergslags-Werk wird laufend eine Liste der unangenehmsten Jobs erstellt, und die jeweils schwierigsten werden mechanisiert. In Kalmar (Montagefabrik für Personenkraftwagen) wurde ein völlig neues Betriebssystem auf die grüne Wiese gestellt. Schon in der äußeren Form fällt die aus vier Bienenwaben sternförmig zusammengesetzte Fabrik auf; im Inneren ist die Werkstattatmosphäre durch Unterteilungen der Fabrikshalle erhalten. Das Fließband wird ähnlich wie in der Saab-Scania-Fabrik durch Gruppenarbeit ersetzt, wobei jede Gruppe für einen Teil der Ausstattung (elektrische Anlagen, Sicherheitssystem etc.) verantwortlich ist. Die Experimente mit Produktionsgruppen und Prämienlohnsystemen werden in einigen hundert Firmen

durchgeführt („18“, S. 7), der ökonomische Erfolg wird in allen Fällen bestätigt. So will Scania die Experimente weiter ausbauen, „weil sich die höheren Investitionskosten durch verringerte Fluktuation und Abwesenheit ausgleichen ließen“ („26“), und Volvo berichtet, daß die Produktivitätsziele in Kalmar ebenso wie in den anderen Volvo-Fabriken um 11% über einer standardisierten Norm (MTM-System) liegen und daß „auch eine wesentliche Verringerung des Spezialisierungsgrades keinen Effizienzverlust bedeutet“ („39“, S. 74). Das erstrebenswerte Ziel der Verbindung von besseren Arbeitsbedingungen und hoher Wirtschaftlichkeit (= Wohlstand) dürfte durch den pragmatischen (z. B. keine Diskussion um die Dispositionsfreiheit der Unternehmer oder die Macht der Gewerkschaften) und zielorientierten Charakter der Experimente erreicht worden sein.

### Oppositionen und Oppositionsparteien

Die aus der Literatur bekannte Meinung („17“ und „16“), daß eine Regierungsbildung durch die drei „bürgerlichen“ Oppositionsparteien (14) keine grundlegende Änderung der schwedischen Politik mit sich bringen würde, daß diese wohl aber schlechtere Verwalter des Systems wären, hat sich in Gesprächen mit Politikern und auch in Diskussionen mit Taxilenkern, Studenten etc. erhärtet. Die Politiker der Oppositionsparteien hängen sich in erster Linie an die Steuerunwilligkeit der Bevölkerung an und probieren auch ganz leicht die Argumentation der verhinderten Eigeninitiative; ein überzeugendes Vortragen einer gesellschaftspolitischen Alternativstrategie war in keinem Fall zu hören, die persönliche Ausstrahlung der Oppositionspolitiker war sehr unterschiedlich. Obwohl die Initiative zur Erarbeitung eines Gesetzestextes auf breiter Basis auch der Opposition offen steht, war dies seit 20 Jahren nie der Fall. Die Interessenvertretungen, deren Mitglieder mehrheitlich den Oppositionsparteien zugerechnet werden können (Lehrer, Studenten, Rechtsanwälte, Ärzte), artikulieren ihre Meinung zu politischen Fragen nicht in der Öffentlichkeit.

Die häufigsten Klagen der Bevölkerung erstrecken sich auf die hohen Steuern (15); vereinzelt hört man —

meist nach der Frage, warum sie nicht sozialdemokratisch wählen —, daß der Staat sich „zuviel in alles einmische“ und auf die persönliche Initiative kein Wert mehr gelegt werde. So argumentieren vor allem die Wähler der Liberalen Partei. Beispiele, wo der Staat weniger tun solle oder wo die öffentliche Hand den Freiheitsspielraum in einem Einzelfall gröblich verletzt hätte, werden vergeblich erfragt (am ehesten noch wird staatliche Willkür bei der Wohnungsvergabe oder bei der Besetzung eines höheren Postens vermutet). Sehr streng politisch verfolgt fühlt man sich anscheinend trotz der Allmacht der Sozialdemokraten nicht, weil sehr viele Gesprächspartner ganz offen ihre oppositionelle politische Einstellung betonen.

Wie ist nun eine derart initiativenlose Opposition und ein derartiger Konsenswille — auf politischer Ebene — zu verstehen? Zumal da es doch in Form der hohen Abwesenheitsrate (Krankenstand) in den Betrieben und Schulen, in der hohen Fluktuation der Arbeitskräfte, in Form von Alkoholismus, Selbstmordrate (16) und dem Zurückziehen ins eigene Landhaus zumindest partielle, persönliche Formen der Unzufriedenheit geben dürfte?

Anstelle einer Erklärung kann ich nur Hypothesen formulieren:

● Liegt es in der geschichtlich begründbaren Tatsache, daß Schweden schon immer den Obrigkeiten gegenüber wesentlich positiver eingestellt war als andere Völker? Man vergleiche hier z. B. die Schilderungen Huntfords („16“) über die beginnende Industrialisierung in Gemeinschaften, in denen der Leiter eines „bruk“ für das allgemeine Wohl sorgte und keinesfalls seine Arbeiter ausbeutete.

● Liegt es in der landschaftlichen Gestaltung Schwedens und der damit verbundenen niedrigen Bevölkerungsdichte (18 Einwohner je km<sup>2</sup>; zum Vergleich: Österreich 89, BRD 253)?

● Liegt es daran, daß die Sozialdemokraten als unermüdliche Reformpartei noch nie in den Fehler verfallen sind, zu deklarieren, daß nunmehr alles gut sei, daß sie andererseits aber auch nie die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Änderungsfreudigkeit der Bevölkerung überschätzt haben?

● Liegt es daran, daß die Sozialdemokratie das Gewicht der einzelnen Organisationen durch Ein-

teilung in „Politische“ und „Unpolitische“ verschoben hat oder die Leiter der Organisationen und die jeweils zuständigen Experten ernannt?

● Oder daran, daß die Sozialdemokraten den Weg der schrittweisen Reformen gegangen sind und in jede Reform soviel Gutes verpackt haben, daß sie tatsächlich jeweils für die überwältigende Mehrheit von Vorteil war (17)? Wer kann gegen eine Pensionserhöhung, gegen eine konjunkturelle Investitionssteuerung, gegen ein sozialeres Gesundheitswesen sein? Bei jeder dieser Reformen stand ein wichtiges Ziel im Vordergrund, im Hintergrund ein bißchen mehr staatliche Abhängigkeit, die aber im Verhältnis zum Hauptziel keine Bedeutung hatte.

Eine andere Frage muß ebenfalls ungeklärt bleiben, soll aber zum Nachdenken oder zu weiteren Studien anregen. Es gibt neben der beschriebenen Tendenz zur freiwilligen Unterordnung unter den Staatswillen, neben der geringen Oppositionsfreudigkeit am Arbeitsplatz oder an den Hochschulen, neben der Bereitschaft, die eigene Position um des Konsens willen zu opfern, auch eine eigenwillige Tendenz zum Rückzug aus der Gesellschaft, fast wäre man geneigt zu sagen, zum Individualismus: Das zurückgezogene Wochenende im Landhaus (an einem möglichst einsamen See), die Abkapselung in der Kleinfamilie, das völlige Fehlen von Vergnügungsstätten (Wirtshäuser, Studentenlokale etc.) stehen im Gegensatz zum Bild des freudigen Aufgehens in einer Gemeinschaft. Ist das nicht ein Spannungselement? Ist das Zurückziehen nicht die Folge eines unausgesprochenen Widerstandes gegen die Unterordnung unter das Gesamtwohl? Oder ist es umgekehrt: man kann sich dem Gesamtwohl unterordnen, weil es noch eine private Sphäre gibt?

### **Schweden und die Neue Linke**

Nicht weil die Neue Linke das Maß aller Dinge ist, sondern weil es zu den gängigsten Vorurteilen gehört, daß sich in Schweden ein linker Sozialismus à la „Neue Linke“ durchgesetzt hat, soll hier gezeigt werden, daß der schwedische Weg eher ein Horror für Anhänger der „Neuen Linken“ sein muß, zumin-

dest, wenn man versucht, die idealistischen und vom dogmatischen Marxismus noch freien Strömungen der Neuen Linken zu einem Gedankengebilde zusammenzufassen.

So kommt die scharfe Herausarbeitung antagonistischer Gegensätze (Kapital/Arbeit, Schüler/Lehrer etc.) in der schwedischen Wirklichkeit überhaupt nicht zum Tragen. Die wirtschaftliche Macht in Schweden ist streng zwischen Unternehmern geteilt, diese haben sich vertraglich zu Konfliktlösungen geeinigt, „die Harmonie der Gruppen besteht durch das Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft, daß die Wirtschaft wächst“ („2“, S. 17). Derselbe Autor weiter: „Wenn der Kuchen wächst, so bekommt jeder mehr, so ist es auch zu verstehen, daß es kaum Forderungen nach Vergesellschaftungen der Produktionsmittel gibt. . . Nicht wer Eigentümer ist, hat Bedeutung, charakteristisch für den schwedischen Weg ist es, einen Teil der *Funktionen* des Eigentums zu kontrollieren.“ (18)

Die Bedrohung der Freiheit des Menschen durch Abhängigkeit von Bürokratie, durch Manipulation der Massenmedien und Verlust des Handlungsspielraumes innerhalb sehr großer Organisationen wird in Schweden nicht befürchtet. Im Gegenteil, „es gibt nur zwei Instrumente, die das Individuum vor unerwünschten Kräften des Marktes schützen können, nämlich den Staat und Organisationen. . . Besonders fähig die Freiheit des Individuums zu schützen sind große Organisationen, kleinere sind in der Regel egoistisch und arbeiten, ohne die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen“ („24“, S. 46f.), unter „Demokratisierung wird Machtabgabe an den Staat verstanden, die Ernennung von „Interessenvertretern“ und „Experten“ durch die Regierung ist selbstverständlich.

Nicht die Selbstverwirklichung des einzelnen wird als Ziel der Gesellschaftspolitik gesehen, sondern „die Erhöhung der Möglichkeit der Leute, sich an die Umwelt und Gesellschaft anzupassen, das heißt, eine größere Erfüllung der ganzen Bedürfnisse zu erreichen („24“, S. 57). So wird als Ziel der Tätigkeit der Sozialhelfer die optimale Anpassung an die Gesellschaft postuliert und ebenso bei der ausführlichen Aufzählung möglicher Probleme auf mangelnde persönliche Befriedigung, Unzufriedenheit

am Arbeitsplatz, Fehlen eines persönlichen Zieles, Unzufriedenheit mit der Gesellschaft vergessen.

Die Kritik der Neuen Linken (19) an der Effizienz als alleinigem Ziel des Wirtschaftens, ihre Skepsis am Leistungsdenken und an dem Segen der Technik wird in Schweden durch die Betonung der Produktivitätssteigerung als Aufgabe sowohl der Betriebsleitung als auch des Betriebsrates und durch das Lohnsystem (drei Viertel der Arbeiter arbeiten nach Akkord) konterkariert.

Punkte, in denen Vorstellungen der Neuen Linken in Schweden erreicht werden, sind die Verminderung des Leistungszwanges in den Schulen (allerdings ist sie durch den Numerus clausus in den höheren Klassen entwertet), die Kombination aus Enttabuisierung der Sexualität bei gleichzeitiger Betonung der individuellen Verantwortung und Entscheidungsfreiheit auf diesem Gebiet. Ein inniges Zusammenfallen von Neuer Linker und schwedischem Weg gibt es in der Gleichsetzung von Gleichheit und Solidarität.

Der Abbau von hierarchischen Strukturen (in Schule und Betrieb) wird auch in Schweden eher erreicht als in anderen Ländern, allerdings nicht aus dem *Anspruch* der Betroffenen und auch nicht von diesen erkämpft, sondern aus einer aufklärerisch-liberalen Bereitschaft und Klugheit der Höhergestellten („Man erreicht ja so seine Ziele besser. . .“).

#### **Ist Schweden ein sozialistisches Land?**

Schweden hat in bestimmter Hinsicht Züge angenommen, die typisch für das Wirken sozialistischer Parteien sind: der hohe Staatsanteil an dem Sozialprodukt, der starke Einfluß der Gewerkschaftsbewegung, die Betonung der Gleichheit gehören zum traditionellsten Teil sozialistischen Gedankengutes. Gewissermaßen sind die Sozialisten allerdings in der Frage der Gleichheit, mehr noch bei der Entkrampfung der Sexualität und der Auslöschung hierarchisch-autoritärer Verhältnisse (in Schulen, in Betrieben) nur die besseren Verfechter liberaler Ideen. Die Erfolge der schwedischen Regierung bezüglich Konsensfindung und Einbindung aller geäußerten Ideen zu Reformpaketen, die ideologieferne Art, Effizienz erfolgreich mit Humanität zu ver-

binden, ist überhaupt nicht wesentypisch für eine sozialistische Partei. Aggressionsfreiheit ebenso wie die Überbetonung wirtschaftlicher Effizienz in Fragen der Gleichberechtigung gehören auch nicht zu den gängigen Vorurteilen über Sozialismus. Die Manipulationen über die starken Organisationen und die Möglichkeit, Experten und Interessenvertreter nach Gutdünken zu küren, sind wohl auch Versuchungen, denen sich jede Regierung zu stellen hat und vor denen sie durch eine Opposition bewahrt werden müßte. Die Einstellung, daß persönliche Präferenzen besonders im Gesundheitssektor nichts zu suchen hätten und die starke Betonung der gesellschaftlichen Verantwortung zum Beispiel im Bereich der Erziehung sind typisch sozialistisch, ebenso die Absenz transzendenter Werte und Motivationen. Das genaue Wissen der Sozialhelfer und der Behörden um das Wohl der „Klienten“ an Stelle der Betonung der Anregung zur Eigenhilfe ist auch mindestens ein Kennzeichen bürokratischer sozialistischer Parteien, ebenso wie die Vorliebe für größere Organisationen anstelle eigenständiger Entscheidungseinheiten.

Orthodoxe marxistische Ideen werden in Schweden sicher nicht um ihrer selbst willen verwirklicht. Wenn man will, kann man die Übernahme der Verantwortung des Staates für Kinder (die sich auch eher in Programmen als in verwirklichten Reformen zeigen) als identisch mit traditionellem marxistischem Gedankengut sehen, ebenso den Versuch, die Erwerbstätigkeit unter allen Umständen auszudehnen. Beides wird jedoch sicher nicht deswegen angestrebt, „weil es bei Marx steht“ oder „weil es im Osten auch so ist“.

#### **Für und Wider des „schwedischen Weges“**

Die Meinung des Autors fließt natürlich schon in die Schilderung einzelner Zustände und Kapitel ein, es wurde auch nicht versucht, das zu leugnen. Dennoch sollen in diesem Abschnitt einige Antworten auf die simplifizierende Frage „Bist du nun für oder gegen den schwedischen Weg?“ versucht werden.

Die pragmatische und erfolgreiche Art, mit der in Schweden Probleme gelöst werden und die zum höchsten in Europa erreichten Wohlstand geführt hat, fasziniert mich. Die Zusammenarbeit der Wirtschafts-

partner, die Konsensbereitschaft aller in der Öffentlichkeit tätigen Gruppen sind dazu ebenso Voraussetzung wie die positive Einstellung des einzelnen zum Staat und zu allen großen Organisationen, seine Rationalität und Aggressionsfreiheit. Die Sozialleistungen des Staates (insbesondere über die personellen Kanäle der Sozialhelfer) übertreffen meiner Ansicht nach nicht das Ausmaß, zu dem ein reicher Staat moralisch verpflichtet ist, die Betonung der Gleichheit und den größten Teil der Versuche, sie durchzusetzen (z. B. die Gleichheit der Frau, der Arbeiterkinder, der Behinderten), empfinde ich sehr positiv, ebenso die Enttabuisierung der Sexualität, die konsequente Aufklärung und die Betonung der Eigenverantwortlichkeit der Liebespartner.

Ich bedaure die Überbetonung der Argumente der Wirtschaftlichkeit z. B. in Fragen der Gleichberechtigung der Frauen in Fragen der Familienpolitik, in der sehr engen Begrenzung der Studienplätze in den teuren Studienrichtungen (z. B. Medizin). Die Empfindungslosigkeit der Schweden für politische Fragen, für fruchtbare Gegensätze haben dem Staat und der Gewerkschaft zu starkem Einfluß auf die nichtprivaten Lebensumstände gegeben. Dieser Einfluß wird jedoch in Schweden nicht als Manipulation empfunden, weil die Regierungspartei vorsichtig agiert und zugleich engagiert immer wieder Mißstände und Ungerechtigkeiten beseitigt und keine von Schweden als extrem empfundenen Eingriffe in die Privatsphäre der Bevölkerung vornimmt. Das Fehlen emanzipatorischer Ansätze, die den einzelnen zu Überwindung von Schwierigkeiten aus eigenem Antrieb und nach eigenem Plan anregen, die Absenz von Rechten des einzelnen gegenüber dem Staat oder den Organisationen, ja gegenüber seinem eigenen Interessenvertreter, kann jedoch meiner Auffassung nach durch wohlwollend aufklärerische Arbeit nicht ersetzt werden. Das Recht homogener Gruppen auf Selbstbestimmung oder die Bedeutung der Familie sollten in ihrer Wirkung verbessert werden und nicht nur als Notlösung betrachtet werden, solange größere Gemeinschaften diese Pflichten nicht übernehmen können.

Das geringe emotionelle Engagement könnte die Unsicherheit des Schweden zeigen, welches seine Rolle in einer Gesellschaft sein sollte, die noch besser



funktioniert. Es fehlten mir klare Aussagen, daß das Ergebnis einer freien Gesellschaft Menschen mit sehr unterschiedlichen Neigungen und Wünschen sein werden und Anzeichen dafür, daß in einer immer reicheren Gesellschaft *nicht mehr die Notwendigkeit* zur Abgabe von Rechten an die Gemeinschaft, sondern *zunehmende Möglichkeiten* zur Erfüllung individueller Bedürfnisse bestehen.

#### ANMERKUNGEN

(1) Das Bruttosozialprodukt ist der gebräuchlichste Maßstab zur Bewertung des materiellen Wohlstandes eines Landes. Es stellt die Gesamtheit aller in einem Jahr erstellten Güter und Dienstleistungen dar.

(2) Während der Wechselkurs angibt, wie viele Schillinge man ausgeben muß, um z. B. eine schwedische Krone zu kaufen, gibt die Währungsparität an, wie viele Schillinge man zahlen muß, um in Österreich eine Ware zu kaufen, die in Schweden 1 Krone kostet.

(3) Eine Beobachtung, die hier eingefügt werden soll, ist die bestechende Geduld und Aggressionsfreiheit in der Schilderung von Zuständen und in der Bewertung von Ereignissen. Nie hörte man, daß dieses oder jenes Detail vollkommen unerklärlich sei oder ganz anders besser wäre. Selbst persönliche Fragen über politischen Standort oder auch über Interna einer Behörde (oder Partei) werden nie als unangebracht zurückgewiesen, auch die Antwort eines Apothekers, warum seine Apotheke nicht mehr ihm gehört, kommt ganz ruhig. Wie weit der Abbau autoritärer Verhältnisse (in der Schule, im Elternhaus) oder der Unterdrückung der Sexualität dafür verantwortlich ist und wie weit die Aggressionsminderung auch Antriebslosigkeit bedeutet, wäre von den zuständigen Wissenschaften zu klären.

(4) Hierzu sind zwei Einschränkungen zu machen: Erstens erhält man einen kleinen Grundbetrag Arbeitslosenunterstützung auch ohne Mitgliedschaft bei einer Arbeitslosenversicherung und zweitens ist es rein formal möglich, einer von einer Gewerkschaft verwalteten Arbeitslosenunterstützung beizutreten, ohne Gewerkschaftsmitglied zu sein. Doch kommt dies praktisch nicht vor („8“, S. 127). Die Gesamtmitgliedschaft bei Arbeitslosenkassen beträgt 1975 2,6 Millionen Arbeitnehmer bei etwas mehr als 4 Millionen Beschäftigten („35b“, S. 12 bzw. 44).

Für eine Aussage eines Vertreters des SAF, daß jene Arbeitnehmer, die nicht der Gewerkschaft beitreten wollen (etwa wegen des Mitgliedsbeitrages von jährlich rd. 1800 S im Jahr 1971; „44“), eine Sondersteuer an die kommunale Behörde abliefern müssen, konnte in der Literatur keine Bestätigung gefunden werden.

(5) Im Zuge der gegenwärtigen Hochschulreform sollten auch diese Studienplätze beschränkt werden, die Zentrumsparlei machte ihre Zustimmung jedoch davon abhängig, daß hier kein Numerus clausus eingeführt werde. Als Kompromiß wurde dann auch die Regelung außer Kraft gesetzt, daß in diesen Studienrichtungen (wie bisher üblich) die Professorenzahl proportional zur jeweiligen Studentenzahl aufgestockt werde.

(6) Ein anderer — in meinen Augen vielleicht die erfreulichste Tatsache an den schwedischen Hochschulen — Zugang zu den Hochschulen findet über die Berufstätigkeit statt: Wer das 25. Lebensjahr überschritten hat und über eine fünfjährige Berufserfahrung verfügt, kann auch ohne abgeschlossenes Gymnasium und auch ohne bestimmten Notendurchschnitt studieren, wenn er in den für die Aus-

bildung wesentlichen Fächern ausreichende Vorkenntnisse vorweisen kann. 1970 haben auf diese Weise rund 3600 Studenten ihre Studien begonnen („42“).

Weiters gibt es die sogenannte „Kombinationsausbildung“: zweijährige Studien, die mit Berufsausbildung außerhalb der Universitäten verbunden sind (für Sekretärinnen, Verwaltungsberufe, Banktätigkeit etc.).

(7) Brandt („7“, S. 108) nimmt eine Zwischenposition zwischen der „Gleichheit der Startchancen“ und der „Wiederherstellung der Bilanz“ ein: „Unser Ziel ist nicht die Gleichheit der Startchancen, sondern der Lebenschancen.“

(8) Die teilweise Rückvergütung von Arztrechnungen verhindert gleichzeitig die Möglichkeit der Ärzte, ihre Einkommen gegenüber der Steuer zu niedrig anzugeben, 1974 lief gegen rund ein Drittel der Privatärzte eine Untersuchung wegen Steuerhinterziehung.

(9) Ähnlich schrittweise wird der Rechtsanwaltsstand in den staatlichen Bereich „übergeführt“. Zunächst wurde den sozial Schwächeren ein Zuschuß zu den Gerichtskosten gewährt, später wurden eigens Rechtsanwälte vom Staat angestellt; Kanzleiausgaben werden vom Staat übernommen, die staatlichen Rechtsanwälte können auch in den Fällen, für die keine spezielle staatliche Förderung gedacht ist, billiger Rechtshilfe leisten.

(10) Der Versuch, die Institution der Privatärzte in den Hintergrund zu drängen, baut natürlich auf dem Wunsch auf, die Qualität der Behandlung durch den Arzt vom Einkommen des Patienten unabhängig werden zu lassen. Wenn man das Gedankenexperiment völlig gleicher Einkommensverteilung unternimmt, ist die Abschaffung von Privatärzten nicht zu begründen: in diesem Fall bedeutet sie nur die Verhinderung der Wahlfreiheit des Staatsbürgers, sein Einkommen für mehr Gesundheit oder für ein Alternativgut (z. B. Auto) auszugeben. Sicher ist man (auch in Schweden) von der gleichmäßigen Einkommensverteilung weit entfernt, doch läßt die Diskussion mit Gesundheitspolitikern vermuten, daß auch bei noch höherem und gleichmäßig verteiltem Einkommen die Durchsetzungsmöglichkeit der Präferenzen in Richtung Gesundheit nicht erlaubt sein wird.

(11) Für den Tonfall eines Pflichtenkataloges der Sozialarbeiter („22“) ist etwa folgender Satz charakteristisch: „Nachdem die Maßnahmen“ ohne Mitarbeit des Betroffenen „beschlossen sind, obliegt es dem Sozialarbeiter, diese dem Klienten mitzuteilen und sie durchzuführen.“

(12) Die schwedische Planung sieht einen Anstieg der Ärztezahl um jährlich 1000 vor (1970 gab es 11.100 Ärzte), die Zahl der Erstinskribierten wird allerdings nach den Planungen kaum steigen (1970/71: 976, 1974/75: 1046; zum Vergleich Österreich — mit ähnlicher Bevölkerungszahl — 1970/71: 1153, 1974/75: 1534), so daß sich die gewünschte Steigerung der Graduierungen (Planzahl: + 47% 1970/71 bis 1974/75) nur durch die einmalige Erhöhung der „Durchsatzgeschwindigkeit ergibt (Zahlen aus: „16“, S. 112ff.).

(13) Doch selbst wenn es Tendenzen zur Verminderung der Eigeninitiative geben sollte, so wäre dies kein Anlaß, soziale Fangnetze abzubauen, sondern es müßte Aufgabe

von Psychologen sein, diese so zu verändern, daß man sich aus eigenem Antrieb „erfängt“. Behandlung der Betroffenen von oben herab ist wahrscheinlich nicht die optimale Strategie. Am Ausmaß der Sozialleistungen ändert sich jedoch nichts.

(14) Die Wählerstimmen und die Mandate teilen sich seit 1973 wie folgt auf die politischen Parteien auf:

	Stimmenanteil in %	Parlaments- sitze
Konservative Partei	14,3	51
Zentrumspartei	25,1	90
Libérale Partei	9,4	34
Sozialdemokraten	43,6	156
Kommunisten	5,3	19
Andere Gruppen	2,4	0
	100	350

Zur Zeit stellen die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei daher 175 Abgeordnete, ebenso die drei bürgerlichen Oppositionsparteien, in vielen (wenig wichtigen) Abstimmungen gibt es daher Losentscheid. Am ehesten gelingt es der Sozialdemokratischen Partei, die Zentrumspartei für wichtige Vorlagen zu gewinnen. Die größte Gefahr für die sozialdemokratische Regierung stellt eine mögliche Spaltung der zerstrittenen Kommunistischen Partei dar, die in diesem Fall bei den nächsten Wahlen nicht mehr ins Parlament kommen würde.

In letzter Zeit profiliert sich der Führer der Konservativen Partei Gösta Bohmann als Oppositionssprecher, indem er die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Tagesheim und Familie propagiert (siehe FAZ 27. Dezember 1975).

(15) Der Grenzsteuersatz von 40% wird in Schweden bei einem Jahreseinkommen von 50.000 S erreicht („17“).

(16) Die Selbstmordrate ist nach der WHO-Statistik in Schweden zwar geringer als in Österreich, aber höher als in Belgien, der Schweiz, in Frankreich, Norwegen und den Niederlanden.

(17) Dieser Gedanke, konsequent zu Ende gedacht, bedeutet folgende Strategie: Wenn eine große Reform in der Bevölkerung unerwünscht ist, so teile man das Reformprogramm in solche Einheiten, die erwünscht sind. Zum Beispiel würde die Frage, ob man bereit sei, für die Erfüllung öffentlicher Leistungen die Hälfte seines Einkommens abzutreten, mit „nein“ beantwortet werden. Stellt man jedoch eine Schulreform zur Diskussion, die ein Prozent Steuererhöhung erfordert, später eine Krankenhausreform, später eine Rundfunkreform, später ein Sportprogramm etc., so wird in jedem Fall eine einprozentige Erhöhung der Steuerlast als eine geringe Gegenleistung erscheinen. Nicht berücksichtigt wird dabei, ob in einem früheren Reformprogramm etwas eingespart werden könnte.

(18) Adler-Karlsson ist einer der „Chefideologen“ der Sozialdemokraten auf wirtschaftlichem Gebiet. Er unterscheidet z. B. die folgenden Funktionen des Eigentums: Verwendung des Ertrages, Verkauf des Eigentums, Ver-

nichtung, Anstellung und Entlassung des Verwalters, Schaffung ins Ausland („2“).

(19) In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß die erste und schärfste Kritik an der Neuen Linken auf ökonomischem Gebiet von einem Schweden stammt (Assar Lindbeck).

## Literatur

- „1“ Abkommen über Betriebsausschüsse, Stockholm 1967.
- „2“ Adler-Karlsson G.: Functional Socialism, Stockholm 1967.
- „3“ The Alcoholic Question in Sweden, Hrsg. Swedish Council for Information on Alcoholic and other Drugs, Stockholm 1972.
- „4“ Alva-Myrdal-Report, Lund 1971.
- „5“ Betriebsdemokratie, Hrsg. LO, Stockholm 1973.
- „6“ Bischofsberger E.: Experiment einer Wohlfahrts-gesellschaft. Topos Taschenbücher, Mainz 1974.
- „7“ Brandt W., Kreisky B., Palme O.: Briefe und Ge-spräche, Frankfurt-Köln 1975.
- „8“ Carlson B.: Trade Unions in Sweden, Stockholm 1969.
- „9“ Edgren J.: With Varying Success, Hrsg. SAF, Stock-holm 1974.
- „10“ Erwachsenenbildung in Schweden, Göteborg 1973.
- „11“ Forssman S.: Occupational Health in Sweden, Stockholm 1972.
- „12“ Geyer A.: Industrial Democracy, Hrsg. LO, Stock-holm 1971.
- „13“ Die Gewerkschaftsbewegung und der Öffentliche Sektor, Hrsg. LO, Stockholm 1974.
- „14“ Grunewald K.: The Mentally Retarded in Sweden. Nyköping 1974.
- „15“ Health-Service Prospects, Stockholm 1974.
- „16“ Huntford R., Wohlfahrtsdiktatur, Frankfurt-Berlin-Wien 1973.
- „17“ Jungblut M., Grunenberg N., Leonhardt R. W., Zundel R.: Schweden-Report. Die Zeitbücher, Hamburg 1974 (zitiert als „Zeit“).
- „18“ Lindestad H., Norstedt J. P.: Autonomous Groups and Payment by Result, Hrsg. SAF, Fallköping 1973.
- „19“ Linnér B.: Sex and Society in Sweden, New York 1972.
- „20“ Linnér B.: Society and Sex in Sweden, Stockholm 1971.
- „21“ LO: Hrsg. Schwedischer Gewerkschaftsbund, Stockholm 1970.
- „22“ Lohmann H.: Mental Health and Human Environ-ment, Hrsg. National Swedish Board of Health and Welfare (Nr. 30), Stockholm 1972.

- „23“ Öffentliche Sozialleistungen in Schweden, Hrsg. Schwedisches Institut, Stockholm 1973.
  - „24“ Öhman B.: LO and Labour Market Policy Since The Second World War, Stockholm 1974.
  - „25“ Organisation of the Office of the Chancellor of the Swedish Universities, Hrsg. The Office of The Chancellor of the Swedish Universities, Stockholm 1974.
  - „26“ The Saab-Scania Report, Hrsg. SAF, Vasteras 1974.
  - „27“ SAF, Hrsg. Zentralverband Schwedischer Arbeit-geber, Stockholm 1970.
  - „28“ SAF-LO-Rationalisierungsvertrag, Stockholm 1972.
  - „29“ Sicherung des Arbeitsfriedens in Schweden, Hrsg. LO, Stockholm 1971.
  - „30“ Social Goals in National Planning, Hrsg. A. Bur-stedt u. a., Lund 1972.
  - „31“ Social Security in The Nordic Countries, Nr. 22, Oslo 1971.
  - „32“ Social Work Practice and Social Work Professions in Sweden, Kumla 1968.
  - „33“ Die soziale Stellung der Frau in Schweden, Stock-holm 1968.
  - „34“ Sterner R.: Services for the Handicapped in Swe-den, Göteborg 1972.
  - „35“ The Swedish Budget 1974/75 (a) und 1976/77 (b), Hrsg. Ministry of Finance, Stockholm 1974.
  - „36“ Swedish Higher Education, Hrsg. Office of the Chancellor of the Swedish Universities, Stockholm 1974.
  - „37“ Swedish Ministry of Education and Cultural Affairs: The Reform of Higher Education 1975, Stockholm 1975.
  - „38“ Vinde P.: Swedish Government Administration, Lund 1971.
  - „39“ The Volvo Report, Hrsg. SAF, Stockholm 1975.
  - „40“ What The Swedish Teach About Sex, Hrsg. The Swedish Association for Sex Education, New York 1970.
- Sowie folgende Informationsblätter des Schwedischen Institutes (SI):
- „41“ Arbeitsmarktpolitik in Schweden, SI, 1972.
  - „42“ Erwachsenenbildung in Schweden, SI, 1972.
  - „43“ Massenmedien in Schweden, SI, 1972.
  - „44“ Die Tarifpartner auf dem schwedischen Arbeits-markt, SI, 1972.
  - „45“ Das Bildungswesen in Schweden, SI, 1973.
  - „46“ Die Religion in Schweden, SI, 1973.
  - „47“ Die Sozialversicherung in Schweden, SI, 1973.
  - „48“ Als ausländischer Student in Schweden, SI, 1973.
  - „49“ Die Krankenfürsorge in Schweden, SI, 1974.
  - „50“ The Swedish System of Investment Funds, SI, 1974.
  - „51“ Women in Swedish Society, SI, 1974.
  - „52“ Die Grundschule und die Gymnasialschule in Schweden, SI, 1974.
  - „53“ Die Vorschule — Bessere Lebensumstände für Kinder, SI, 1974.
  - „54“ Die höhere Ausbildung in Schweden wird er-weitert, SI, 1975.
  - „55“ Höhere Ausbildung in Schweden, SI, 1975.